

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Bismarck monatlich 1. Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen' 'Aus der Filmwelt', 'Rauchstimm' 'Der Rinderrund' 'Jugend-Vorwärts' und 'Bild in die Bismarck' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 80 Zeilen, Restzeile 5. - Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' des freitagsdrucker Wort 25 Zeilen (außer zwei freitagsdrucker Zeilen), jedes weitere Wort 12 Zeilen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 2. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Es geht schon wieder los!

Die Deutschnationalen drücken sich von der Verantwortung. - Das Kabinett wehrt sich. - Maulkorb für Stresemann?

Der Reichspräsident hat auf die Bildung des Bürgerblocks gedrängt, weil raschestens eine aktionsfähige Regierung zustandekommen müsse, um außenpolitische Entscheidungen zu treffen.

Am 31. Januar hat das Kabinett des Bürgerblocks der Vereinigung der Ostfestungen zugestimmt. Der Beschluß mußte gefaßt werden, da man sich im Genfer Protokoll auf die Vereinigung bis zum 31. Januar geeinigt hatte.

Zur Zeit dieser Beschlusfassung war das Kabinett noch nicht vollständig. Die Herren Hergt und v. Reudell waren noch nicht ernannt, wohl aber die Herren Schiele und Koch. Beide Herren wählten jedoch merkwürdigerweise der Kabinettsitzung nicht bei.

Bei der ersten außenpolitischen Aktion des Kabinetts haben sich die Deutschnationalen von der Verantwortung gedrückt. Das die der Zweck der Sitzung war, bestätigt der 'Lokal-Anzeiger'. Er schreibt:

'Angesichts dieses Tatbestandes bedeutet es nicht mehr und nicht weniger als eine Unverantwortlichkeit, wenn ein demokratisches Volk zu schreiben die Stimm hat die deutschnationalen Minister wären für diesen Beschluß mitverantwortlich. Sie, die noch nicht in ihre Ämter eingezogen, die zur Hälfte noch gar nicht ernannt waren! Das möchte man wohl: das beliebte Spiel weiter treiben, die Kabinettsmitglieder vor allem auch der Rechten in der Außenpolitik 'vor vollendete Tatsachen stellen', die 'Verantwortung aber ihnen mitaufbürden.'

Kur keine Verantwortung in der Außenpolitik! Drücke dich, wer kann! Es geht schon wieder los! Die beiden Herren waren ernannt. Sie waren eingeladen zur Kabinettsitzung. Waren sie der Ansicht, daß die Zustimmung des Kabinetts falsch wäre, so wäre es ihre Pflicht gewesen, im Kabinett ihre Bedenken geltend zu machen und dagegen zu wirken. Warum sind sie ihrer Pflicht nicht nachgegangen? Sie haben sich gedrückt.

Der 'Lokal-Anzeiger' - um diese blamable Haltung zu verdecken - erhebt sich über Herrn Stresemann, er wolle die Deutschnationalen vor vollendete Tatsachen stellen. Er rüft nach einem Maulkorb für Stresemann:

'Dann muß er sich aber vor Augen halten, daß die Struktur des Reichskabinetts für die Selbstherrlichkeit eines Ministers auf seinem Arbeitsgebiet keinen Raum hat. Die Politik des Kabinetts wird geleitet vom Reichskanzler; gleichfalls nicht selbstherrlich, sondern im Einklang mit der Meinung seiner Ministerkollegen. Sie wird nicht, auf keinem Gebiete, geleitet von einem Ressortminister, der der Federführende, der Ausführende, der Verhandelfnde, aber nicht der Bestimmende ist.'

Herr Stresemann soll der Federführende sein, und die deutschnationalen Minister wollen bestimmen, was er

schreiben darf und soll. Sie wollen aktiv werden in der Außenpolitik. Vielleicht hat deswegen Herr Schiele auf Herrn Hergt gewartet, weil außenpolitische Aktivität in der Regierung bisher nicht sein Fall war?

Gegen die Absicht des 'Lokal-Anzeigers', die Deutschnationalen von der Verantwortung für die Regelung der Frage der Ostfestungen zu entlasten, läßt Herr Stresemann nun das schwere Geschütz eines amtlichen Dementis auffahren. Amüßlich wird mitgeteilt:

'Der Berliner 'Lokal-Anzeiger' behauptet in seiner gestrigen Abendausgabe, daß bei dem Erlaß der nach Paris in der Frage der Ostfestungen zu richtenden Instruktionen von dem Gedanken ausgegangen sei, die Kabinettsmitglieder, vor allem auch der Rechten, in der Außenpolitik vor vollendete Tatsachen zu stellen' und bezweifelt bei dieser Gelegenheit die Loyalität des Außenministers.

Wie demgegenüber offiziell festgestellt wird, hat das Kabinett einstimmig beschlossen, die Verantwortung für diese Instruktionen zu übernehmen, da einmal die Verhandlungen schon seit Wochen geführt wurden und kurz vor dem Abschluß standen und weiter, weil die Sachlage eine Verzögerung nicht gestattete. Die Beschlüsse des Kabinetts sind nach übereinstimmenden Vorschlägen des Reichswehrministers und des Ministers des Auswärtigen nach Anhörung des Chefs der Heeresleitung gefaßt. Irgendwelche Angriffe gegen den Außenminister sind daher völlig unbedeutend.'

Das ist die Overtüre zur neuen Auflage des Spiels vom Sommer 1925! Das Kabinett erklärt seine Gesamtverantwortlichkeit - die deutschnationalen Minister wollen sich von der Verantwortung drücken. Die deutsch-nationale Presse greift der Außenminister an, der antwortet mit amtlichen Erklärungen.

Das kann heilere Kabinettsitzungen geben. Wir empfehlen, bei diesen Sitzungen die Tintenfassler anzuschrauben. Es geht los. Es geht schon wieder los!

Der Eid auf die Verfassung.

Marx vereidigt die deutschnationalen Minister.

Das neue Reichskabinett trat gestern nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammen, die lediglich der Vereidigung derjenigen Minister galt, die noch nicht den Reichsbeamteneid abgelegt hatten. Für die Beratung der Regierungserklärung ist für heute eine besondere Kabinettsitzung anberaumt.

Regierungserklärung am Donnerstag.

Die Reichsregierung beabsichtigt, am Donnerstag ihr Programm im Reichstag bekanntzugeben. Der Abfassung des Programms liegen die Richtlinien zugrunde, die der Reichskanzler Marx mit den Führern der Reichsblockparteien aufgestellt hat und die noch durch ein wirtschaftspolitisches Programm ergänzt werden sollen.

Für die Sozialdemokratie werden in der großen politischen Debatte die Genossen Hermann Müller-Franken und Otto Landsberg sprechen.

anderen als diese Befestigungen existieren und daß man keine weiteren bauen wird. In einem Spezialabkommen wird genau beschrieben, was unter 'Erhaltung' der bestehenden Befestigungen in ihrem gegenwärtigen Zustand zu verstehen ist.

Das Festungsabkommen.

Paris, 1. Februar. (APB.) Das heute nachmittag von den Generalen v. Pawels und Baradler, Chef des Generalstabs des Marcksches Heer, unterzeichnete Abkommen über die östlichen Befestigungen bestimmt im wesentlichen: 1. In den Grenzgebieten, die zwischen den Festungen der Ost- und Südfrente an der deutschen Grenze liegen, sind die Befestigungsanlagen in dem Stande zu erhalten, der bei Kriegesende bestand; doch dürfen dem Verfall ausgelegte Bauwerke durch Beton ersetzt werden. In diesen Grenzgebieten dürfen keine neuen Befestigungsanlagen erbaut werden, was schon der Verfallvertrag verbietet. Im übrigen hat Deutschland volle Freiheit. 2. Wichtige Abschnitte auf dem linken Oderufer zwischen Küstrin und Briesau fallen trotz der Nähe der Festungen Glogau, Küstrin und Brestlau nicht unter das Verbot. 3. Von den bestehenden 88 Unterständen für je acht Mann bleiben erhalten acht in der eigentlichen Festung Glogau, 13 (sämtliche) in der besonders wichtigen Festungsanlage Löben, 31 bei Königberg. Zerstört müssen werden 7 auf das rechte Oderufer vorgeschobene Unterstände bei Glogau, 5 vorgeschobene Unterstände bei Küstrin und 22 Unterstände bei Königberg. Von den 88 Unterständen bleiben also 64 erhalten.

Das Ende der Militärkontrolle.

Einigung in Paris.

Paris, 1. Februar. (Elgener Drahtbericht.) In einer Sitzung, die etwas über eine Stunde dauerte, und an der auch die deutsche Delegation teilnahm, ist am Dienstag vormittag zwischen ihr und dem Interalliierten Militärkomitee die Einigung in der Entwaffnungsfrage erzielt worden. Das Komitee übermittelte seinen Bericht sofort der Vorkriegskonferenz, die von der erzielten Einigung Kenntnis nahm und offiziell feststellte, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen restlos nachgekommen sei.

Das Abkommen erstreckt sich sowohl auf das Kriegsmaterial wie auf die Ostfestungen. Die Frage des Kriegsmaterials wird durch ein dem Reichstag vorzulegendes Gesetz, mit dessen Text die Vorkriegskonferenz sich einverstanden erklärt, und in dem alle Einzelheiten hinsichtlich Herstellung, Ein- und Ausfuhr enthalten sind, geregelt werden. Für die Ostfestungen wird eine Grenzzone im Osten festgesetzt, innerhalb welcher keine anderen Befestigungen geduldet werden als diejenigen, die schon 1920 bestanden. Die Alliierten erklären sich aber damit einverstanden, daß gewisse Befestigungen, die seit 1920 gebaut wurden und deren defensiver Charakter feststeht, in der Gegend von Königberg i. Pr. und Löben belassen werden; dagegen sind alle anderen Befestigungen an diese Städte und die seit 1920 um die Städte Küstrin und Glogau im Ban befindlichen Befestigungen zu schließen. Die deutsche Delegation erklärt ferner, daß keine

Die Brotversorgung gefährdet.

Die Sozialdemokratie fordert vorübergehende Aufhebung des Roggenzolls.

Der Lebenshaltung der deutschen Verbraucher droht eine große Gefahr: täglich steigen die Preise für Roggen, das wichtigste Volksernährungsmittel, gleichzeitig werden die Vorräte an inländischem Roggen knapp und knapper, so daß mit weiteren starken Preissteigerungen gerechnet werden muß. Unützig sieht die Reichsregierung dieser Entwicklung zu. Zu sehr mit der Sorge um das Zustandekommen des Bürgerblocks beschäftigt, ist ihr die den Verbrauchern drohende Gefahr völlig gleichgültig. Deshalb verlangt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem Gesetzentwurf, daß vom 1. Februar bis 30. Juni 1927 Roggen zollfrei eingeführt werden darf.

Unterrichten wir uns zunächst über die Entwicklung der Roggenpreise. Im Erntejahr 1925/26 hatten die Roggenpreise bei einem Zollfuß von drei Mark für den Doppelzentner nach den Notierungen der Berliner Börse folgenden Stand:

Table with 2 columns: Month and Price. October 1926: 148,76 M. November 1926: 147,48 M. Dezember 1926: 151,46 M. Januar 1927: 160,92 M. Februar 1927: 147,08 M. März 1927: 155,46 M. April 1927: 175,82 M. Mai 1927: 177,78 M. Juni 1927: 185,46 M.

Mit dem 1. August 1926 trat eine Erhöhung des Zolles von drei Mark auf 5 Mark für den Doppelzentner ein, obwohl bereits der Drei-Mark-Zoll zu einer wesentlichen Steigerung der Preise geführt hatte, und obwohl auch die Weltmarktpreise dauernd stiegen. Durch die Zollserhöhung wurde diese Preisentwicklung für den deutschen Markt noch gefördert, wie aus den folgenden Berliner Monatsdurchschnittspreisen für Roggen hervorgeht:

Table with 2 columns: Month and Price. Juli 1926: 197,50 M. August: 197,02 M. September: 211,28 M. Oktober: 220,88 M. November: 227,74 M. Dezember: 234,14 M. gegenwärtig (Ende Januar 1927): 283-286 M.

Der Vorkriegspreis einschließlich des Zolles von fünf Mark betrug 168 M. pro Tonne. Der heutige Preis ist also um 50 Proz. höher als der Vorkriegspreis. Er übersteigt die Preisentwicklung der meisten sonstigen Produkte. Er ist auch wesentlich höher als der Preis für die wichtigsten Bedarfsgüter der Landwirtschaft. Während der Landwirt in der Vorkriegszeit für einen Zentner Roggen etwa 6 1/2 Kilogramm Stickstoff erhielt, erhält er gegenwärtig für einen Zentner Roggen rund 13 Kilogramm Stickstoff.

Die Steigerung der Roggenpreise aber wird noch gefährlicher durch den ungünstigen Versorgungsstand des deutschen Marktes. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat in diesem Jahre zum erstenmal eine Statistik der Getreidevorräte bei den Landwirten vorgenommen. Die letzte Erhebung bezieht sich auf den 15. Dezember 1926. An jenem Tage befanden sich von der Winterroggenernte des Jahres 1926 nur noch 46,3 Proz. in den Händen der Landwirte. Zum Verkauf waren nur noch 21,9 Proz. verfügbar. In den Händen der Landwirte befanden sich also nur noch 1,4 Millionen Tonnen Roggen zum Verkauf. Bei Würdigung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß das deutsche Verbrauchsjahr Mitte August beginnt, so daß am 15. Dezember erst vier Monate des Verbrauchsjahrs vergangen waren und noch acht Monate bevorstanden. Es ist nicht anzunehmen, daß sich in den Händen des Handels oder der Mühlen größere Bestände befinden, da die Lieferungen der Landwirtschaft kaum den laufenden Bedarf gedeckt haben. Da der monatliche Bedarf der nicht selbst versorgenden Bevölkerung etwa 350 000 Tonne Roggen beträgt, so reicht die am 15. Dezember vorhandene Roggenmenge nur noch etwa vier Monate zur Versorgung der Bevölkerung für weitere vier Monate ist der Bedarf der deutschen Bevölkerung an Brotkorn ungedeckt; um ihn im Auslande zu decken, muß eine Einfuhr von fast eineinhalb Millionen Tonnen Roggen erfolgen.

Die Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrats ist nicht nur in den Kreisen des Getreidehandels lebhaft beachtet worden, sondern sie hat auch zu den letzten starken Preissteigerungen an den deutschen Märkten geführt. Selbst im Auslande, vor allem in Amerika, sind die Roggenpreise unter ausdrücklicher Berufung auf den zu erwartenden großen Einfuhrbedarf Deutschlands gestiegen. Aus allen diesen Gründen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei einer Aufrechterhaltung des Roggenzollens die Roggenpreise in den nächsten Monaten noch

stärker steigen werden als bisher. Teurer Roggen aber ist teures Brot. Bereits auf Grund der bisherigen Preisentwicklung des Roggens sind die Brotpreise gestiegen. Im Oktober und November 1925 kostete in Berlin das Kilogramm Brot 34 Pfennige. Es stieg in den darauffolgenden Monaten bis zur Zollerhöhung im Juli 1926 auf 36 Pfennige. Im Dezember 1926 aber war bereits ein Preis von 41 Pfennigen erreicht und im Januar 1927, für den die Preisberichte noch nicht vorliegen, ist eine weitere Broterhöhung eingetreten.

Der sozialdemokratischen Forderung nach vorübergehender Aufhebung des Roggenzollens kann um so eher entprochen werden, als die Landwirtschaft ihre Ernte zum überwiegenden Teil bereits im Dezember verkauft hatte und den Restbestand spätestens bis zum 1. April völlig ausverkauft haben dürfte. Sie hat somit Gelegenheit gehabt, ihre Ernte zu preislos hohen Preisen zu verwerten. In dem Augenblick, wo die Inlandsernte aufgezehrt ist, und wo die Getreidebauern des Auslands sich anschicken, aus unserer Notlage Spekulationsgewinne herauszuschlagen, wäre es eine sinnlose Brutalität, den Zoll noch länger aufrecht zu erhalten. Die Massen der deutschen Bauern würden nicht den geringsten Vorteil davon haben, die ohnedies sehr gefährdete Lebenshaltung in den minderbemittelten Familien würde vollends darunter zusammenbrechen. Die Aufhebung der Zölle für den Rest des Erntejahres ist daher eine dringliche Notstandsmaßnahme von allergrößter Tragweite.

Sorgen des Getreidehandels.

Im Handelsteil des „Berliner Tageblatts“ nimmt der Inhaber einer Berliner Getreidegroßhandelsfirma, Leonhard K e u m a n n, im gleichen Sinne zu der drohenden Roggennot Stellung. Er verlangt, daß die Getreidehandelsgesellschaft, die Nachfolgerin der Reichsgetreidestelle, einen Teil ihrer Mittel dazu verwendet, um Getreide im Ausland aufzukaufen und es auf den deutschen Markt zu werfen, um die Preise zu senken. Der Verfasser schreibt:

Zusammenfassend sei also festgestellt, daß Deutschland vor einer ausgesprochenen Roggennot steht, die sich ohne Beihilfe des Auslandes zu einer recht ernstlichen Lage zuspitzen müßte. Es handelt sich um einen Versorgungszeitraum von sechs Monaten, für den hinreichende Mengen im Lande an Roggen — ebenso an Weizen — nicht vorhanden sind. Die Roggensteuerung wird sich ungehemmt fortsetzen, wenn nicht vom Auslande rechtzeitig genügend Ware herbeigeschafft wird. Den Verbrauchern erscheint unter diesen Umständen ein „Schutz Zoll“ in Höhe von 20 M. um so weniger angebracht, als die Landwirtschaft nach eigenem Eingeständnis nur noch geringfügige Vorräte an Brotgetreide besitzt, also ihre materiellen Interessen durch die mit einer Zollerhöhung oder Zollaufhebung verbundene Verbilligung des Getreides nicht gefährdet erscheinen.

Man kann aus diesen Ausführungen die lebhafteste Sorge herauszufehen, die der Getreidehandel hat, wenn bei einer weiteren Konkurrenz des Roggens der Unmut der Verbraucher sich gegen ihn wenden sollte.

Demokratie und Bauernschaft.

Zum demokratischen Reichsbauernrat.

Daß der Reichsbund und infolge der ungeschickten politischen und wirtschaftlichen Leitung seiner Organisation seine Vormachtstellung auch bei der deutschen Bauernschaft mehr und mehr einbüßt, ist seit Jahr und Tag bekannt. Er hat also alle Hände voll zu tun, um den Ansturm der Linksparteien abzuwehren, die seit langem erkannt haben, daß Land und Politik niemals Bauernpolitik sein kann, und die diese Erkenntnis nicht ohne Erfolg bereits einem großen Teil der deutschen Bauernschaft eingepflanzt haben. So hielt der Landbund unlängst in Braunschweig eine Versammlung ab, um dem für den 29. und 30. Januar dort anberaumten demo-

kratischen Reichsbauernrat das Wasser abzugraben. Diefem Wunsch des Reichslandbundes ist die Erfüllung verweigert geblieben, denn sowohl die Delegiertenversammlung der Demokraten am 29. als auch die öffentliche Bauernkundgebung am 30. Januar wiesen einen sehr starken Besuch auf und erbrachten den Beweis aufs neue, daß die Klein- und Mittelbauern es satt haben, sich länger vor den Landbündlarren spannen zu lassen. Nicht, daß sie darum nun samt und sonders begeisterte Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei geworden wären. Im Gegenteil betonten gerade die Vertreter der hannoverschen Bauernverbände in Braunschweig, daß sie sich niemals einer politischen Partei verschreiben, sondern, daß sie als überzeugte Republikaner gemeinsam den Weg agrarpolitischer Vernunft mit allen denen gehen wollten, die sich zum Schutze und zum freihändlerischen Ausbau der deutschen Republik bekennen. Eine Stellungnahme, die den ehemaligen odenburgischen Ministerpräsidenten Langen zu recht ungeschickten Angriffen auf die Organisation der Kleinbauern veranlaßte, unter deren Nachwirkung der erste Verhandlungstag zu leiden hatte.

Das von dem preussischen Landtagsabgeordneten R e i n d e vorgelegte Agrarprogramm der DDP fand noch nicht die allgemeine Zustimmung der demokratischen Vertreter und soll von einem größeren Ausschuss durchberaten und dem nächsten Parteitage zur Annahme unterbreitet werden. Die Grundlinien dieses Programms bewiesen jedoch, daß es für die SPD möglich sein wird, in der Befreiung des Landvolkes ein gut Stück Weges mit der bürgerlichen Demokratie gemeinsam gehen zu können, wenn sich diese auch wegen ihrer Rücksichtnahme auf das Händertum immer noch nicht zu einer ganz klaren Stellungnahme in der Genossenschaftsfrage bekennen kann. Die lebhafteste Erörterung der programmatischen Richtlinien zeigte aber, daß die Agrarfrage auch bei den Demokraten in Fluß ist, und daß sie im allgemeinen sehr wohl erfaßt haben, was den Bauern der Schuh drückt.

Wenn es sich also bei dieser Tagung auch nicht um eine republikanische Reichsbauernversammlung handelte, bei der die Parteien vom Zentrum bis zur SPD. hätten zu Worte kommen müssen, so war es doch eine impulsive Kundgebung, die dem Reichslandbunde bewiesen haben wird, daß er auf die Klein- und Mittelbauern nicht mehr zu rechnen hat.

Liebesgaben des Ordnungsblocks.

Eine Verfassungsverletzung der thüringischen Regierung.

Weimar, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Einen Skandal ohnegleichen hat sich die noch am Ruder befindliche Ordnungsregierung trotz oder gerade wegen des Wahlausfalls am Sonntag gestattet. Sie hat nämlich unter glatter Verletzung der Verfassung ein Rotgesetz, das bereits im Jahre 1923 über die Benutzung der Gewässer in Thüringen erlassen worden war und sie trotz entgegenstehender Bestimmungen der Verfassung dem Landtage drei Jahre hindurch nicht zur Genehmigung vorgelegt hatte, eigenmächtig abgeändert.

Die Verfassung gestattet der Landesregierung in dringenden Fällen, wenn der Landtag nicht versammelt ist, ein Gesetz als Rotgesetz zu erlassen. Das Rotgesetz darf aber der Verfassung nicht zuwiderlaufen. Es ist dem Landtag bei seinem Zusammentritt sofort zur Bestätigung vorzulegen und, falls diese verweigert wird, unverzüglich wieder aufzuheben. Die Ordnungsregierung hat sich drei Jahre hindurch, wie man jetzt sieht, vergeblich bemüht, mit Hilfe ihrer Parteien etwas Besseres an die Stelle des seinerzeit von der sozialdemokratischen Regierung als Rotgesetz herausgebrachten großen Wertes zu setzen. Wie der Wahlausfall am Sonntag auf die jetzige Regierung gewirkt hat, ersieht man aus der Tatsache, daß sie den seit Jahr und Tag bedrückenden Interessen noch eine Liebesgabe zu gewähren, durch ihr verfassungswidriges Rotgesetz jedes Entgelt für die Wassernutzung, die nach dem bisherigen Recht der Staat von den Wasserkraftinhabern verlangen konnte, glattweg gestrichen hat.

Der Vorfall erregt in parlamentarischen Kreisen sehr starkes Aufsehen. Noch vor der Regierungsbildung wird er den Landtag von Thüringen beschäftigen müssen.

Das alte Lied.

Hindenburg verordnet — die Offiziere pfeifen darauf.

Genosse Künstler hat im Reichstag folgende kleine Anträge eingebracht:

„Am 14. Januar hat der Herr Reichspräsident unter Gegenzeichnung des Reichswehrministers Dr. Gessler eine Verordnung über ungebührliche Einstellungen in die Reichswehr erlassen.“

Auf Grund des § 11 des Wehrgesetzes vom 23. März 1921 wurde vom Reichspräsidenten u. a. verboten:

„Jede Aufnahme junger Leute, die nicht gesehmsmäßig eingestellt sind, in die Kasernen, Ausbildungslager und in die Truppenteile, sei es auf Probe oder für freierwerbende Stellen, sei es für einen Ausbildungslehrgang oder zur zeitweiligen Erhöhung der Mannschaftsbestände.“

- Ich frage an:
1. Ist dem Reichswehrminister bekannt, daß trotz obiger Verfügung in der Kaserne des Pionier-Bataillons in Stettin seit dem 18. Januar unter Leitung eines Majors Wagner ein Sportkursus abgehalten wird?
 2. Ist dem Reichswehrminister bekannt, daß die Teilnehmer des Sportkursus nur Mitglieder rechtsradikaler Verbände sind?
 3. Ist eine Genehmigung zur Abhaltung des Sportkursus erteilt worden?
 4. Geben die Herr Reichswehrminister die Bestrafung der in Frage kommenden verantwortlichen Herren herbeizuführen, die über die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten hinweggegangen sind?

Verhaftungen rechtsradikaler Waffenhehler.

Diebstahl aus den Waffenbeständen der Schupo.

Bochum, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Hier wurden mehrere Mitglieder rechtsradikaler Organisationen wegen Entwendung von Waffen aus der Waffenkammer der Schupo verhaftet. Die jungen Leute hatten diese Waffen ihrem Verbandsauslieferung. Außer ihnen wurde ein Schupo-Polizeiwachmeister unter der Beschuldigung, der Begünstigung oder Mittäterschaft in Haft genommen.

Zum Fall Machan.

Die Anzeige wegen Kuppelei gegen die Mutter.

Frau Kolomat, die die Tragödie ihres Kindes Grete Machan zur Anklage gegen die gegenwärtige Gesellschaftsform erhoben hat, ist nun doch von der Bremer Polizei unter dem Verdacht der schweren Kuppelei, begangen an ihrer Tochter, verhaftet worden. Die Polizei behauptet, man habe früher gegen Frau Kolomat nicht den geringsten Verdacht gehabt und sei erst durch die Beküre des Buches, das in unseren Spalten eingehend gewürdigt wurde, zu weiteren Zeugenvernehmungen veranlaßt worden. Die Polizei gibt aber zu, daß sie bereits vor annähernd zwei Jahren, nämlich im Mai 1925, eine Schreibmaschinenschrift des Tagebuches mit dem echten Namen zur Einsicht erhalten hat. Dadurch verstärkt sich der Verdacht, daß es sich um einen Kachekt der durch das Buch mildestenfalls Polizei oder der von ihr befragten Zeugen handelt. Es ist auch auffallend, daß man nur die Frau Kolomat unter Anklage gestellt hat, während in der Schrift auch auf andere Prostituierte hingedeutet wurde, die sich wahrscheinlich unter den vernommenen Zeugen befinden, und die doch schließlich irgendwo eine Unterkunft haben müssen. Die Quartiergeber dieser Dirnen hat man offenbar nicht mit einer Strafverfolgung bedacht.

Uebrigens ist in der Bremer Bürgerschaft von unserem Genossen Faust eine Interpellation eingebracht worden, die die Verlegung des amtlichen Untersuchungsmaterials und die Durchführung von Maßnahmen verlangt, um eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhindern, wie sie in dem Tagebuch geschildert werden.

Der Sprung ins Wasser.

Von Peter Volker.

Der Vorgang spielte sich folgenmaßen ab: Ein Bettler stand auf der Brücke. Stundenlang saßen die Leute achlos an ihm vorüber, weil er sich nicht in das helle Licht, ängstlich in einen dunklen Winkel gestellt hatte und weil er, statt mit weinerlicher Stimme auf sein Elend aufmerksam zu machen, den Passanten schweigend die abgegriffene Mütze hinhielt. Nachdem der Bettler mehrere Stunden vergeblich gestanden hatte, begriff er endlich die Zwecklosigkeit seines Tuns und legte die Mütze wieder auf. Einige Minuten stand er noch und blühte gedankenlos hinüber, wo — kaum hundert Meter von ihm entfernt — Glanz, Licht und Lärm war. Und dann wandte er sich plötzlich mit leichenhaft gewordenem, starrem Gesicht ab, erkletterte das feinerne Brückengeländer und ließ sich mit einem Laut, der wie ein trockenes Aufschluchzen klang, vornüber in die schwarz-simmernde Tiefe fallen.

Run aber geschah etwas Seltsames. Während sich bisher keine Seele um ihn gekümmert hatte, ja, von hundert Vorübergehenden ihn kaum einer bemerkt hatte, — in dem kurzen Augenblick, da er auf dem Brückengeländer balancierte, sahen sie ihn plötzlich alle! Der bekannte tauferstimmige Schrei erhob sich. Autos und Straßenbahnen stauten. Frauen kreischten hysterisch auf, und Männer brüllten erschrocken: „Zu Hilfe! Rettet! Da ist eben einer ins Wasser gesprungen!“

Im Handumdrehen glück die Brücke einer Theatergalerie, die von leidenschaftlich erregten Zuschauern besetzt war. An beiden Ufern des Kanals drängten sich die herbeiströmenden Neugierigen. Zwei Polizisten, die ebenfalls urplötzlich auftauchten, sprangen in den Rettungskahn, der am Fuße der schmalen, steinernen Treppe angekertert lag, und stießen sich, wie die Wilden arbeitend, auf den dunklen Kanal hinaus. Und oben sorgte ein dritter Polizist für die nötige Ordnung, vor allem, daß der Verkehr durch den Zwischenfall nicht unnötig unterbrochen wurde.

Es war plötzlich, als wäre das Leben des armen Menschen, der hier eben ins Wasser gesprungen war, um es loszuwerden, von einer unerschütterlichen Kostbarkeit! Angstvoll starrte alles auf die dunkle Wasserfläche hinab, ob der Körper des Selbstmörders nicht noch einmal auftauchen würde, und da war keiner unter den Hunderten, der nicht erzitterte bei dem Gedanken, daß das Rettungswort vergeblich bleiben könnte.

Wenige Minuten vergingen. Man lauschte mit angehaltenem Atem. Aber dann erhob sich ein lauter Freudensturm!

Man sah, wie unten auf dem Wasser die Polizisten sich weit aus dem Kahn herausbogen und eine schwarze, schwere Last zu sich an Bord zogen. „Sie haben ihn!“ schrie man sich gegenseitig zu und freute sich so von Herzen, als ob jeder persönlich das Rettungswort vollbracht hätte. „Lebt er noch?“ — „Ja, er lebt noch,“ klang es

von unten herauf. Und eine ungeheure Befriedigung machte sich breit, daß das arme Opfer dem selbstgewählten Tode noch einmal entziffen war.

Man überschüttete die beiden Polizisten, die den triefenden Körper die Steintreppe hinaufschleppten, mit Lobsprüchen. Man sah aufmerksam zu, wie sie den Bemühten lang auf der Erde ausstreckten und die vorgeschriebenen Befehlsverläufe mit ihm vornahmen.

Die nahe Voterne beleuchtete die zerlumpte, nassen Kleider des Selbstmörders, sein graues, eingefallenes Gesicht und enthüllte grausam das Elend dieses Menschen, das ihn in den Tod getrieben hatte.

Aber das wollte in diesem Augenblick niemand sehen. Man war stolz darauf, ein Leben erhalten zu haben. Und als eine abgehärmte Arbeiterfrau, die ebenfalls zusah, die traurigen Worte sprach: „Der arme, verhungerte Luder hätten sie auch lieber sterben lassen!“ da trafen sie von allen Seiten empörte Blicke, und scharfe Worte machten sie auf die Rohheit ihrer Bemerkung aufmerksam.

„Tot! Ich meinte ja man bloß!“ entschuldigte sie sich verlegen. „Au jetzt mit ihm der ganze Elend doch wieder von vorne los!“ Damit verzog sie sich schüchtern.

„Recht hat sie aber doch gehabt,“ murmelten ein paar andere abgegriffene Menschen aus der Menge. „Der Tod ist doch heutzutage bei Genüge, was man sich noch selber aussuchen darf, wenn er jarnich mehr sein will.“ Aber das waren bloß so ein paar Proletarier, die von der Heiligkeit des Menschenseins natürlich keine Ahnung hatten.

Marconi über die Wunder der Radiotelephonie. In London hielt Marconi bei einem Frühstück, das der Verband der ausländischen Presse ihm zu Ehren veranstaltet hatte, einen Vortrag über die großartige Entwicklung der Technik der drahtlosen Fernverkehrsverbindungen. „Das Jahr 1927 ist erst im Werden,“ sagte er, „aber es hat uns bereits das wunderbare Schauspiel eines tadellosen und regelmäßigen radiotelephonischen Verkehrs zwischen England und den Vereinigten Staaten gezeigt. 1926 hatte uns kurz vor Jahreschluss ein anderes wunderbares Schauspiel geboten: die Eröffnung eines überaus schnellen radiotelegraphischen Dienstes mit dem System der Bündelwellen zwischen England und Kanada, eines Dienstes, der auf alle Dominions und auf andere weit entlegene Gegenden ausgedehnt werden soll. Ich habe außerdem die feste Ueberzeugung, daß das Fernsehen in kurzem in die Sphäre der praktischen Verkehrsmittel eintreten und uns in die Lage versetzen wird, auf sehr weite Entfernungen hin den Anblick irgendwelcher Geschehnisse zu übertragen. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß das System der Bündelwellen, dem wir diese außerordentlichen Fortschritte verdanken, erst in den Anfängen ist. Gewisse Versuche, die in den letzten Wochen zwischen England und Kanada gemacht worden sind, haben bewiesen, daß das System der Bündelwellen nicht nur für die drahtlose Telegraphie, sondern auch — und zwar gleichzeitig — für die drahtlose Telephonie nutzbar gemacht werden kann. Einem meiner Londoner Assistenten gelang es von seinem Londoner Bureau aus ganz deutlich mit einem

Freunde in Kanada zu sprechen, indem er eine Bündelwellenlinie benutzte, auf der gleichzeitig radiotelegraphische Botschaften nach beiden Richtungen hin übermittelt wurden. Sowohl die radiotelephonischen Verbindungen wie auch die gewöhnlichen radiotelegraphischen Uebermittlungen gingen auf derselben Linie ohne die geringste Störung vorstatten. Die Möglichkeit des doppelten gleichzeitigen Dienstes, des mündlichen und des graphischen, muß natürlich zur Verbilligung der Tarife führen. Und nun noch ein staunen-erregender Fortschritt: ganze Blätter hand- oder schreibmaschinenschriftlicher Botschaften, Zeitungsausschnitte, Photographien, Zeichnungen — das alles wird fehlerlos und mit Blitzechnelle auf weiteste Entfernungen hin übermittelt werden können. Die Methode ist auf dem Wege der Veredlung und es ist sicher, daß sie eine wesentliche Reduzierung des gegenwärtig für den radiotelegraphischen Dienst erforderlichen Personals ermöglichen wird. Und was nicht zu unterschätzen ist: es wird künftighin dem Empfänger einer Botschaft überlassen bleiben, sich mit dem Manuskript des Telegraphierenden abzugeben und es zu entziffern.“

Nitti auf dem sechshundertsten Jubel. Der italienische Verlag R. Bemporad u. Sohn hat zwei von den fünf Bänden verlegt, die der frühere italienische Ministerpräsident Francesco Ritti veröffentlicht hat, und zwar „Das friedlose Europa“ und „Der Niedergang Europas“. Diese Bücher sind älter als der Faschismus, denn sie wurden 1921 und 1922 veröffentlicht und in mehr als 30 lebende Sprachen überetzt. Der Faschismus hat diese Bücher als gefährlich befunden, da sie eine Propaganda für den Frieden sind. Der Verlag Bemporad hat den Befehl erhalten, alle noch unverkauften Exemplare zu vernichten. Gleichzeitig sind die italienischen Buchhändler angewiesen worden, keines der anderen Werke des großen Vorkämpfers für die Befriedigung Europas zu verkaufen.

Die Frühjahrsausstellung der Jurysreien. Die Jurysreien Kunstschau wird ihre Frühjahrsausstellung in Berlin in der zweiten Hälfte des April eröffnen. Die Ausstellung findet im Landesausstellungsgelände statt, in dem ein Teil der Räume von dem Karliell ausstellender Künstler, das das Gebäude für die gleiche Zeit belegt hat, an die Jurysreien abgegeben wird.

Das Land der Hundertjährigen. Nach der letzten offiziellen Volkszählung scheint Spanien die Hauptstadt der Hundertjährigen zu sein. Nach den Angaben, die Madrids Blätter veröffentlichten, haben dort 355 Personen das Alter von 100 Jahren erreicht, und zwar 96 Männer und 259 Frauen; 75 Männer und 204 Frauen sind über 100 Jahre alt, und einige von ihnen haben ein Alter von 110 Jahren erreicht. 22 150 Männer und 36 294 Frauen sind über 80 Jahre alt; selbst Madrid, das für eine ungeheure Stadt gilt, hat 24 Frauen und 11 Männer, die über 100 Jahre alt sind. Auch an diesen Zahlen zeigt sich wieder, daß die Frauen älter werden als die Männer.

Spielplanänderung. Im Deutschen Theater gelangt die ganze Woche „Reichardt von Neufenan“ zur Aufführung. Die Premiere von Fritz von Unruh's Schauspiel „Bonaparte“ findet in der nächsten Woche statt.

Die Staatliche Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Str. 7a, beantragt in ihrem Beschlusse eine Anstellung von Bediensteten des 18. Jahrhunderts. Tadelhafte Bücher. Ein Brauer Regierungsblatt kündigt ein Gesetz gegen unflüchtige Publikationen an.

Hinter den Kulissen der Regierungsbildung.

Sündenbegriffe und kein Ende.

Die Fabrikation der Bürgerblockregierung ist eine diplomatische Aktion großen Stils gewesen, bei der ein erhebliches Material von Manifesten, Erklärungen, Richtlinien angefallen ist. Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht zu dem schon vorhandenen Material hinzu eine Erklärung, in der sie ihr Nachgeben in der Frage des Verkehrsministeriums begründet. Die Erklärung lautet:

„Die Deutsche Volkspartei hat seit Jahren den Standpunkt vertreten, daß eine parlamentarische Mehrheitsregierung in Deutschland angesichts der überaus schwierigen außen- und innenpolitischen Entschlüsse erforderlich sei. Nach der Rede des Abg. Scheidemann zu der für die Deutsche Volkspartei entscheidenden Frage der Reichswehr war für sie die Große Koalition nicht mehr tragbar. Gelten ihr in den letzten Jahren mehrfach festgelegte Auffassungen hatte sie besonders auch durch die erfolgversprechenden Verhandlungen ihres Ministers Dr. Curtius alles versucht, um die Mehrheitsregierung von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zustande zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen hat sie schwerste Opfer nicht gescheut, eingedenk ihres alten Wahlspruches „Das Vaterland über die Partei“. Besonders schmerzhaft mußte sie den Verzicht auf die Weiterführung des Verkehrsministeriums durch Herrn Dr. Krohne, einem im höchsten Maße bewährten Fachmann auf diesem Gebiete, empfinden. Ihre Stellungnahme wurde in letzter Linie bestimmt durch den Appell an ihre vaterländische Verantwortung. Diesen Appell hat der Herr Reichspräsident, der den Vorsitzenden der völksparteilichen Reichstagsfraktion Dr. Scholz zu diesem Zwecke zu sich bat, nicht nur mündlich, sondern auch in folgendem Schreiben in nachdrücklicher Form an die Fraktion gerichtet.

An Herrn Reichsminister Dr. Scholz, Fraktion der DVP, Reichstag.

Sehr geehrter Herr Reichsminister.

Wie mir der Herr Reichsminister berichtet, ist die Zusammenfassung der neuen Reichsregierung auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Regierungskrise währt nun schon sechs Wochen. Die vor uns liegenden politischen und wirtschaftlichen Aufgaben erfordern dringend den Beginn der Tätigkeit einer vollqualifizierten Reichsregierung. Wenn ich auch Ihrer Forderung, den bewährten und erfahrenen Verkehrsminister Dr. Krohne im neuen Kabinett beizubehalten, volles Verständnis entgegenbringe, so muß ich doch an Sie und Ihre Fraktion die Bitte richten, auf dieser Ihrer Forderung nicht zu bestehen und so das letzte Hindernis auf dem Wege zur Regierungsbildung zu beseitigen. Die bisherige Haltung der Deutschen Volkspartei und ihrer Reichstagsfraktion berechtigt mich zu der Annahme, daß sie auch hier die Rücksicht auf das vaterländische Wohl und die Gesamterwartungen des deutschen Volkes allen anderen Wünschen und Interessen voranzustellen und sich diesem meinem Appell nicht verweigern wird.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr ergebener
gez. H. Hindenburg.

Der Reichspräsident hat als ehrlicher Kämpfer in dem Schacher um die Ministerliste verhalten müssen. Erst mußte er das Zentrum breitschlagen, dann Herrn Krohne abgeben, und schließlich Herrn Graef wieder in die Versenkung verschwinden lassen.

Uebrigens: die Versicherung, man könne von der Volkspartei erwarten, daß sie das Gemeinwohl über alle Interessen stellt, ist genau so richtig, wie die Versicherung in dem Briefe an Graef, Herr Graef sei aus freiem Entschluß zurückgetreten. Die Deutschnationalen wollen ebenfalls ein Manifest veröffentlichen.

Zentrumsjugend gegen Bürgerblock.

Breslau, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Führer der Bindhorstbünde Oberschlesiens haben einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Der Gau Oberschlesien der Deutschen Bindhorstbünde steht der neuen Regierungskoalition völlig verständnislos gegenüber. Wir erachten die einseitige Verbindung mit Parteien, die sich noch vor wenigen Tagen als schärfste Gegner der Republik und als unentwegte Vorkämpfer der Monarchie bekannt und betätigt haben, als eine innere Unmöglichkeit und als eine ernste Gefahr für den Bestand der Republik und können den rein parteipolitischen Versprechungen der Rechtsparteien keinen Glauben schenken. Die neue Koalition untergründet nicht nur das Vertrauen weitester Zentrumskreise zu ihrer Partei, sondern auch das Vertrauen der Volkspartei, mit denen die Partei Jahre hindurch in den schwersten Schicksalsstunden die erste und fruchtbarste Arbeit an der jungen Republik geleistet hat.“

Englisches Urteil über Thüringen.

London, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Manchester Guardian“ schreibt in einem „Ein Schlag für die deutschen Konservativen“ betitelten Beisatzartikel, die Thüringer Wahlen vom Sonntag erklären, warum der Reichspräsident sich gemeinsam mit Stresemann so heftig einer Reichstagsauflösung widersetzt habe. Die Opposition in Deutschland könne den Anspruch erheben, daß sie und nicht der Bürgerblock die Stimmung der deutschen Nation widerspiegeln. Das Urteil der Wähler in Thüringen werde zur Folge haben, daß das neue Kabinett dem Reichstag nicht gerade „in gehobener Stimmung“ gegenüberzutreten würde.

Der Schattendorfer Mörder verhaftet.

Heute viertelstündiger Proteststreik.

Wien, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag Abend konnte in Schattendorf der geflüchtete Sohn des Kronkämpferwärters Scharabon verhaftet werden. Er hat zugegeben, die Schüsse auf die Schutzbündler abgegeben zu haben.

Die Vorbereitungen zu dem am Mittwoch angekündigten allgemeinen einviertelstündigen Streik sind vollendet. Es wird in allen Betrieben von 11 bis 12 Uhr gefeiert mit Ausnahme der Betriebe, wo das aus Gründen der allgemeinen Sicherheit nicht möglich ist. Darüber haben die zuständigen Gewerkschaften zu entscheiden. In den Spitätern wird der Pflegedienst fortgesetzt, der Verwaltungsdienst wird aber ebenfalls eine Viertelstunde unterbrochen. Die Mietwagen werden gemäß einem Beschluß ihrer Organisation, wo immer sie sich in Oesterreich aufhalten, auf eine Viertelstunde den Betrieb einstellen.

Die Demokraten und Später im Thüringischen Landtag werden sich zu einer Fraktion vereinigen, von der die Mehrheitsbildung des neuen Parlaments abhängen wird.

Reiseerleichterung nach England, Luxemburg und Portugal steht in Aussicht, da der Sichtvermerkszwang nach und von diesen Ländern aufgehoben werden soll.

Keine Sowjetgranaten mehr!

Verbot der Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät.

WTB. teilt mit: Die Botschafterkonferenz hat den zwischen der deutschen Regierung und der Interalliierten Militärkontrollkommission getroffenen Vereinbarungen über die Ausfuhr und die Vorgehensweise der Ausfuhr von Kriegsgerät zugestimmt. Der auf Grund dieser Vereinbarungen ausgearbeitete deutsche Gesetzentwurf gliedert sich, wie wir erfahren, etwa wie folgt:

Im § 1 wird die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät jeder Art (Waffen, Munition und sonstiges Gerät) sowie seine Herstellung für die Ausfuhr verboten. Nach § 2 des Entwurfs darf Kriegsgerät für inländische Verwendung weder hergestellt noch aufbewahrt oder gehandelt werden.

Im § 3 ist in 45 Ziffern zusammengestellt, welche Waffen und sonstiges Gerät im Sinne des Gesetzes als Kriegsgerät anzusehen sind und damit unter die Bestimmungen der §§ 1 und 2 fallen. Die Liste enthält Kriegswaffen jeder Art und deren Geschosse und Munition, Minen und Bomben, Munitionskisten, Unterseeboote, Munitionsaufzüge und maschinelle Einrichtungen für die Marineartillerie, Unterwasserminenschuß, Panzerplatten, Panzertürme, Kampfwagen und Panzerkraftwagen, Panzer und aufpflanzbare Bajonette, Kriegsschiffe und deren Kessel und Hauptmaschinen, soweit sie offenkundig für die Verwendung auf Kriegsschiffen oder Unterwasserfahrzeugen besonders eingerichtet sind, Vorrichtungen zum Abschließen oder zum Ablassen von Gas oder Rauch, Flammenwerfer, für Kriegszwecke bestimmte optische und elektrotechnische Instrumente und Leuchtstoffe, für Kriegszwecke bestimmte Stücke der militärischen Ausrüstung, für Kriegszwecke besonders eingerichtete Schanzzeug und Stacheldraht, für Kriegszwecke besonders eingerichtete Selbstfahrer und Fahrzeuge, militärische Beobachtungswagen und Beobachtungsleiter, für Kriegszwecke bestimmte Sonderanrichtungen für Brückentrains, militärische Feldbäckereien, für Kriegszwecke besonders eingerichtete rollendes Material für Schienen, besondere militärische Ausbildungseinrichtungen, Giftgas, militärische Pulver und Sprengstoffe.

Ferner sind als Kriegsmaterial anzusehen die fertigen Hauptteile von Waffen und Munition sowie die Hauptteile des sonstigen Kriegsgeräts, wenn sie nicht in der gleichen Form für wirtschaftliche Zwecke Verwendung finden können. Vorgearbeitete Hauptteile sind nur für einen beschränkten Teil der in der Liste aufgeführten Gegenstände als Kriegsmaterial anzusehen, jedoch auch nur dann, wenn sie offenkundig für die Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsgerät bestimmt sind oder bereits so weit vorgearbeitet sind, daß sie üblicherweise nur noch für Kriegszwecke Verwendung finden können.

Nach § 4 des Gesetzentwurfes ist für eine Reihe weiterer Erzeugnisse die Aufbewahrung und Lagerung im Inlande, nicht jedoch die Ausfuhr verboten. Hierunter fallen auch Kriegsspezialmaschinen.

Die Bestimmungen des Gesetzes finden keine Anwendung auf die von amtlichen deutschen Stellen erteilten Inlandsaufträge.

Zwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Haft oder mit Geldstrafe bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung und Unbrauchbarmachung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden. In gewissen Fällen, nämlich wenn es sich um Gegenstände handelt, die ihrer Beschaffenheit nach lediglich für Kriegszwecke verwendet werden können, also in der Hauptsache um Waffen und Munition, muß auf Einziehung erkannt werden.

Für eine Frist von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sollen keine Vorschriften keine Anwendung finden auf Verträge, die sich auf die Ausfuhr von Erzeugnissen beziehen, deren Ausfuhr durch das Gesetz vom 26. Juni 1921 betr. die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät nicht verboten war. Dies gilt jedoch nur für solche Verträge, die vor dem Tage der Veröffentlichung des Gesetzes abgeschlossen und deren Ausführung vor diesem Tage in Angriff genommen worden ist.

Kadef und Mussolini loben den Rechtsblock.

Weil die deutsch-französische Verständigung erschwert wird.

Das neue Reichskabinett hat in der ganzen Welt, von sehr spärlichen Ausnahmen abgesehen, eine ausgesprochen schlechte Aufnahme gefunden. Fast alle führenden Blätter Europas und Amerikas sprechen ihr Mißtrauen gegen die Regierung des Bürgerblocks und insbesondere gegen ihre deutschnationalen Mitglieder aus. Die deutsche Öffentlichkeit erfährt aber nur wenig davon, weil die beiden führenden bürgerlichen Telegraphenagenturen kein Interesse daran haben, das deutsche Volk über den ungünstigen Widerhall zu unterrichten, den die Regierung Marx-Hergt-Geßler-Stresemann im Ausland erweckt hat: Das WTB. ist als offizielles Bureau bemüht, die Stimmung für die neue Regierung nicht zu verderben, und die „Telegraphen-Union“ verfolgt als Hygenbergisches Unternehmen die gleiche Tendenz. So wird das deutsche Volk systematisch im unklaren gelassen über die Verhältnisse der Regierung seiner außenpolitischen Lage, die es den Vätern des Bürgerblocks verdankt.

Der Vergleich mit der während des Krieges amtlich betriebenen Irreführung der öffentlichen Meinung durch Beschweigen der ungünstigen Auslandsstimmen tritt am deutlichsten in Erscheinung, wenn man beobachtet, wie die wenigen Äußerungen des Auslandes, die für das Kabinett freundlich klingen, eifrig ausgeschlachtet werden. Auch Kadef muß dafür herhalten. Einem WTB.-Telegramm aus Moskau zufolge schreibt er in der „Sowestija“ u. a.:

„Die deutsche Realpolitik stellt ein systematisches Vordringen nach Westen und Osten dar und verfolgt den einzigen Zweck, allmählich durch Sammlung der Kräfte und Ausnutzung jeglicher Widersprüche Schritt für Schritt den Versailler Friedensvertrag zu zerstören. Die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung wird die Selbstständigkeit der deutschen Politik stärken und fördern.“

Kadef's alte Liebe für die um Schlageter rostet also nicht. Besonders ausführlich werden die italienisch-faschistischen Vertreter der rechtsgerichteten Blätter und Agenturen in Rom können aus dem Vollen schöpfen. Die Faschisten-Prese ist auf die neue Reichsregierung sehr gut zu sprechen. Vor allem das Eingreifen Hindenburgs wird von ihr als ein Schlag gegen die demokratische Verfassung gepriesen, weil sie eben darin eine Nachahmung faschistischer Methoden erblickt.

Aber diese vermutete Wesensverwandtschaft zwischen dem reaktionären Bürgerblock und dem italienischen Faschismus ist nicht einmal der Hauptgrund, weshalb das deutsche Rechtskabinett in Italien — im Gegensatz zu allen anderen Ländern — gelobt und freudig begrüßt wird. Der wahre Grund wird durch einen Kommentar des faschistischen „Coro d'Italia“ verraten. Dieses Blatt schreibt am 30. Januar:

„Die Zusammenfassung der neuen deutschen Regierung hat die Ausichten einer direkten deutsch-französischen Verständigung auf ein Minimum herabgesetzt. Italien kann nunmehr mit Ruhe den Verlauf der Ereignisse am Rhein und an der Weichsel verfolgen.“

Diese Äußerung ist charakteristisch für die Gedankengänge der faschistischen Politik: Mussolini, der selbst einen ausgesprochen französischen Feindsinn hat, die Politik von Locarno und Thoiry mit wachsendem Unbehagen verfolgt. Seine Diplomaten sind gerade in letzter Zeit fieberhaft bemüht gewesen, einen Keil zwischen Deutschland und Frankreich zu treiben. In Paris versicherten sie, Stresemann habe Mussolini ein Bündnis angeboten, in Berlin erzählten sie zur selben Zeit, Briand denke nicht daran, die Verständigungspolitik mit Deutschland weiter zu verfolgen und betriebe heimlich eine gegen Deutschland gerichtete französisch-italienische Versöhnung. Alle diese Intrigen erreichten jedoch nur die gegenseitige Wirkung.

Jetzt aber aimet Mussolini auf. Er wird sein Ziel auf viel einfachere Art erreichen. Das haben die Deutschen durch ihre Rechtschwenkung selbst besorgt. Jubelnd verkünden ihre Blätter: Die Ausichten einer deutsch-französischen Verständigung sind dank der Bildung der Reichsregierung auf den Nullpunkt gesunken!

Kadef und Mussolini sind mit Hindenburg und Stresemann zufrieden. Die Jecher bezahlt das deutsche Volk, vor allem die Bevölkerung der besetzten Gebiete, deren Ausichten auf eine frühere Befreiung von fremdem Militär „auf ein Minimum herabgesetzt“ wurden.

Dafür haben wir aber eine „nationale Regierung“ nach dem Wunsche des „Reiters“.

Außenpolitisches Rezept der Deutschnationalen.

Ganz können die Nachrichtenagenturen die ungünstigen Stimmen des Auslandes nicht unterdrücken. Besonders, wenn es sich um eine so wichtige Zeitung wie die Londoner „Times“ handelt. Das englische Blatt findet das Pariser Unbehagen über die Bildung eines reaktionären Ministeriums in Deutschland durchaus verständlich, setzt aber hinzu, daß solange Marx und Stresemann am Ruder bleiben, eigentlich kein Anlaß zur Beunruhigung vorhanden sei. Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt zu Kommentaren der „Times“:

„Die Befürchtungen, die in England und Frankreich an den Eintritt der „Rationalisten“ in die Regierung geknüpft werden, können uns nur als eine Bestätigung unserer Auffassung dienen, daß nämlich ein Kabinett mit einem nationalen Einschlag für die deutschen Interessen wertvoller ist, als eine Regierung, die sich nur auf die Mittelparteien oder gar auf die Linke stützt. Je unbehaglicher eine deutsche Regierung im Ausland empfunden wird, desto mehr wird sie erreichen können. Denn gefügige Werkzeuge haben im politischen Leben noch niemals etwas erreicht.“

Das ist ja ein vielversprechendes außenpolitisches Programm: Deutschland soll sich also möglichst unverständlich und kraßköpfig zeigen, dann wird es um so mehr „erreichen“! Was sagt Herr Stresemann, was sagt das Zentrum zu diesen „Richtlinien“ seiner neuen Koalitionsfreunde?

Ungarisches Parlaments-Theater.

Monarchistenrummel mit Beteiligung Horthy's.

Das neue ungarische Wahlertorparlament wurde am Sonnabendnachmittag mit außergewöhnlich monarchistischem Gepränge eröffnet. Es wimmelte von Uniformen und frohge von Orden; selbst die einfachsten Beamten, die die Türen öffneten, steckten in leuchtender Uniform. Die ganze Veranstaltung sah nach einem großen Vergnügungsrummel, aber nicht nach einer Parlamentsöffnung aus. Im Gegensatz dazu wehte die Fahne auf dem Parlamentsgebäude auf halbmaß. Denn nach besteht der Beschluß der Nationalversammlung, daß dem so sei, „bis Ungarn sein altes Gebiet wiedergewonnen hat“. Reichsverweser Horthy erschien Punkt 12 Uhr und wurde vor dem Parlament von einem Bataillon Infanterie mit militärischen Ehren begrüßt. Er trug die Uniform eines habsburgischen Admirals. Im Wienersaal hielt er eine kurze Ansprache, ohne an irgendeine politische Frage zu rühren.

Von der Eröffnungsfeier waren nicht nur die sozialistischen Pressevertreter, sondern auch zahlreiche Korrespondenten ausländischer Blätter, die dem Horthy-System nicht gewogen sind, ausgeschlossen und ein ungeheures Polizeiaufgebot hielt jeden „Unberufenen“ fern. In den letzten Tagen hat man wieder zahlreiche Arbeiter verhaftet und sucht ihnen das Geständnis einer „Parlamentsvergiftung“ durch Folter zu erpressen.

Alterspräsident des Oberhauses wäre der Oberöbster Koppel Reich gewesen. Deshalb kündigten zwei „Erzherzöge“, Habsburgsjünglinge, die dem Oberhaus natürlich angehören, ihr Fernbleiben von der Eröffnungsfeier an, in der sie als jüngste Mitglieder hätten Schriftführer spielen müssen; Schriftführer ist schon nichts für solche Leute und unter einem jüdischen Präsidenten wollten sie nicht sitzen. Aber auch eine ganze Reihe Budapest-Zeitungen, deren Redakteure Juden sind, gaben sich her, zu schreiben, der altwürdige Koppel Reich werde doch gewiß einsehen, daß er besser tue, die ihm gebührende Würde des Alterspräsidenten nicht anzunehmen. Solchem Drängen von allen Seiten folgend, ist der Greis der Eröffnungsfeier lieber ferngeblieben.

Spätes frühes Gemüse und

Wir leben in einer Zeit, in der 9 Proz. der Bevölkerung das 10-Pfennig-Stück, 90 Proz. aber den Pfennig mehrmals umdrehen, ehe sie sich zum Ausgeben entschließen. Jede Verteuerung, und handie es sich um Pfennigbeträge, wird schmerzhaft empfunden. Namentlich ist dies bei Fragen der Ernährung der Fall. Anderenfalls ist die zweite Hälfte des Winters die Zeit, wo die vom eigenen Lande gebotenen Feldfrüchte rar zu werden beginnen, sei es wegen der natürlichen Abnahme des ursprünglichen Bestandes durch den bisherigen Gebrauch, sei es durch Schäden an dem Bestande, wie Faulen, Gewichtsschwund und dergleichen. Jedes Jahr pflügt im Januar der deutsche Kohl seinem Ende sich zu nähern, aber noch ist im eigenen Lande keine Ablösung da und das Winterwetter läßt auch den Appetit auf das warme sättigende Kohlgericht nicht abschwellen. Wenn dieser Appetit nun doch befriedigt werden kann, so liegt das daran, daß andere Staaten mit überwinterten Beständen auf den Markt kommen, für die sie natürlich ganz andere Preise erhalten, als der deutsche Gemüsezüchter, der etwa im November den ganzen geernteten Bestand auf den Markt wirft. Holland und Dänemark sind die Länder vor allem, die in ihren Gemüskulturen solche pflanzlichen und organisatorischen Fortschritte gemacht haben, daß sie den Zeitpunkt zum Verkauf wählen können, der ihnen ihre unteufelbar große und umsichtige Rühewaltung lohnend macht. Für den kleinen Agrarier, der nur wenig mehr als seinen Eigenbedarf heranzieht, hat man wohl die Parole ausgegeben: zieht den Kohl mit dem Strunk heraus, steckt ihn umgekehrt in die Erde und deckt bei großer Kälte die Erde noch mit loser Streu. Dieses einfache und zweckdienliche Verfahren läßt sich mit ein Paar hundert Köpfen wohl noch machen; wo Kohl morgenweise herangezogen wird, ist es nicht praktisch. Das Einmieten in Gruben übt der dänische Gemüzebauer; der Holländer zieht die Unterbringung des Kohls in eigens dafür hergestellte Räume, sogenannte Kohlscheunen, vor.

Die Kohlscheunen.

Wenn daher der deutsche Gemüzebauer seiner Aufgabe, unser Volk dauernd mit Kohl zu versorgen, gerecht werden will, so ist es notwendig, daß er seitens derjenigen Kohlsorten anbau, die eine lange Aufbewahrung aushalten, und zweitens das kostbare Material in geeigneten Räumen so aufbewahrt, daß der geringste Verlust durch Fäulnis entfällt. Die Herstellung von Kohlscheunen ist der erste Schritt, der zur Ausdehnung des Kohlanbaus getan werden muß; es sind dies einfache Bauten, die gute Ventilation haben müssen, aber auch Vorrichtungen zur Erwärmung, um ein Erfrieren des in ihnen „hohl“ aufgeschichteten Kohls zu verhindern. Am besten wären solche Häuser durch Genossenschaften oder durch die Verwaltungen der großen Städte zu errichten, wie überhaupt eine genossenschaftliche Organisation der Gemüseproduzenten eine der wirtschaftlichsten Wahrheiten ist, die unser Volk noch immer nicht begriffen hat. Das letzte Gegeneinanderarbeiten aller einzelnen muß einem Hand-in-Hand-Arbeiten Platz machen. Die Errungenschaften der Technik müssen allen zu eigen gemacht werden, dann wird das Ziel erreicht werden, daß unsere Wirtschaft die Ernährung unseres Volkes wirklich bestreiten kann. Wenn der Konsument in Folge der Verbesserungen in Kultur und Aufbewahrung weniger zahlt, der Produzent mehr erzielt, als bei der jetzigen Preisnarrarchie, ist beiden Teilen geholfen. Aufgabe des Staates wäre es, die wissenschaftlichen Grundlagen für die bestmögliche Kultur in jeder Gegend festzustellen, wie dies ja für den Obstbau geschehen ist. Will man die Erträge

steigern und die Natur zwingen, uns zu Wissen zu sein, so müssen dazu die Methoden unserer heutigen Wissenschaft angelegt werden: Das planlose Probieren und gläubige Hinnehmen von sogenannten Erfahrungssätzen hat sich überlebt. Gerade der Gemüsebau zeigt eine solche Fülle von Problemen auf, daß eine Aufklärung mit autoritativem Nachdruck am Platze wäre. Bequemer freilich ist es, nach immer höherem Schutzoll zu rufen, was leider nur den Nachteil hat, daß das Publikum die Zehle zahlt.

Wie verbilligt man das Frühgemüse?

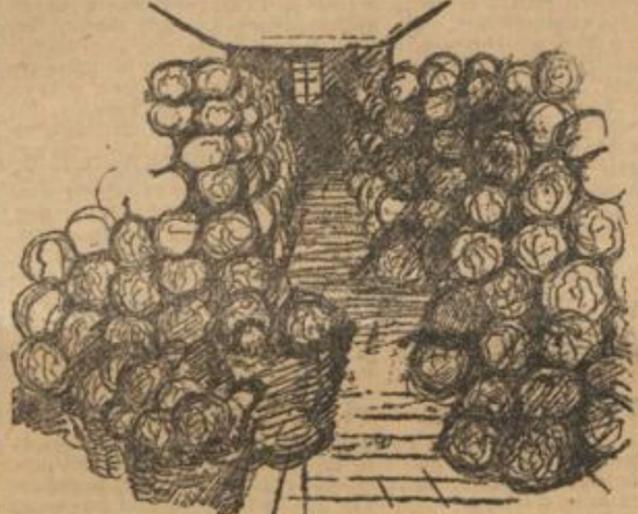
Rückt die Jahreszeit weiter vor, so schwindet auch der letzte Kohlkopf vom Markte, und der Wunsch nach neuem, frischem Gemüse wird laut. Kohlrabi, Blumentohl, Radieschen, Gurken und Salat erscheinen — zunächst freilich zu Preisen, die ihre Verwendung nur in den Küchen der Wohlhabenden zulassen. In der heimischen Produktion dieser „Delikatessen“ spielt das „warme“ Mistbeet die Hauptrolle: Die zarten gegen Frost höchst empfindlichen Gemüse reifen in Kästen, deren Erwärmung durch eine tief und fest gepackte Schicht frischen Pferdeabmülls bewirkt wird. Fehlerhaft ist nun mit der Enthronung des Pferdes durch das Automobil immer teurer geworden; außerdem verlangt die Wartung solcher mit Gemüse besetzten Kästen große Aufmerksamkeit und viel Zeit, so daß die Kosten für den Erzeuger ganz anders sich stellen, als bei der Ware, die später unter freiem Himmel reift. Nun tritt als verteuender Faktor noch der Handel zwischen Produzent und Konsument; die Ware geht womöglich durch die Hand mehrerer Händler (Groß- und Kleinhandel) und kommt so zu einem Preise, der, wie schon bemerkt, nur von reichen Familien bestritten werden kann. Ist hierin nicht Wandel zu schaffen? Zweifellos wäre dies der Fall, wenn das Angebot so gesteigert werden könnte, daß ein schneller Absatz der

Räben der Heranzucht des Frühgemüses gern auf sich nehmen würden — da die in „warmen“ Kästen gewonnene Mistbeeterde einer Aufbesserung des ganzen Unternehmens dient — wenn sie nicht von der Sorge bedrückt würden, ob auch sicherer Absatz vorhanden sei. Beim Salat, der nicht ganz früh kommt, ist oft ein Preis vom Handel geboten worden, der keinen Gewinn ergibt. Die Frage der Verbilligung der Frühgemüse für das Publikum — und das ist doch der springende Punkt — muß aber auch noch von der anderen Seite in Angriff genommen werden, von der Unterfuchung, ob Verminderung der Kosten möglich sei. Wenn man hört, daß große Krankenhäuser von einem etliche hundert Meter entfernten Schlachthof mit Wärme beliefert werden, so muß man sich fragen, gibt es nicht in den großen Städten — an deren Rande — Möglichkeiten genug, um „billige“ Wärme zu erlangen. Sollten die Stadtverwaltungen von deren „aktiver“ Landwirtschaft es nach dem Kriege wieder recht still geworden ist, nicht diesem Problem nachgeben, dessen Lösung genau so zu begrüßen ist, wie die Lieferung billiger Seife?

Wie die Landwirtschaft sich zurzeit in einem Stadium der Intensivierung befindet, muß auch die Gemüsezucht neue Wege einschlagen, die größere Ergebnisse garantieren. Jetzt ist die Situation keine sehr erfreuliche: Der kleine Produzent, dem Kredit auch nur in sehr ungenügender Weise zur Verfügung steht, erhält nicht den ihm gebührenden Anteil an dem erzeugten Werte — und auch das Publikum hat keinen Nutzen von dem jetzigen Kreislauf der Ware. Bohnen, die im Vorjahre zeitweise mit 3 Pf. pro Pfund dem Erzeuger abgenommen wurden, kosten heute als Konserven 1,10 M. die Zwei-Pfund-Büchse. Darüber, daß dieser „Veredelungsprozess“ zu teuer bezahlt wird, wird wohl nur eine Stimme sein. Aber das Publikum schweigt und zahlt. Seine einzige Waffe, das Nichtkaufen, ist leider ein zweischneidig Ding.

Pferdeschuhwoche.

Auf der Aues-Bahn findet zurzeit bis zum 6. Februar auf Veranlassung des Vereins „Pferdemohr“ Dresden eine Pferdeschuhwoche statt. Dieser Verein wird von der Pferdeschuhvereinsigung, die sich über ganz Deutschland erstreckt, tatkräftig unterstützt, die selbst wiederum in ihren reinen Tierchutzmaßnahmen die lebhafteste Unterstützung aller Behörden findet. Noch heutzutage werden 80 Proz. aller Zugleistungen in Deutschland von Pferden vollbracht. Bei den sich immer schwerer gestaltenden Verkehrsverhältnissen haben die Reiter einen außerordentlich verantwortungsvollen Beruf. Daher sind diese Wettbewerbe, die Behandlung schwieriger und börsartiger Pferde, Zugleistungsprüfungen und eine Konkurrenz mit dem Motor in schwierigem Gelände in sich schließen, von hohem Wert. Ebenso findet eine Prämierung von gut gehaltenen und gefahrenen Geschirren statt. So sieht der einzelne, was er selbst kann und was vom Nebenbuhler noch zu lernen ist. Bei der Behandlung börsartiger Pferde dürfen keine tierquälerischen Maßnahmen angewandt werden; ferner ist in den Zugleistungsprüfungen das Mißföhren von Peitschen verboten. Die Pferde sollen durch Anruf reagieren. Am ersten Tag meldete sich eine stattliche Anzahl Gespanne mit so sauber gepuhten Pferden, daß, wenn man sämtlichen Tiergegen das Haar gestrichen haben würde, man auch wohl nicht ein Staubkorn aufgemerbt hätte. Die Gespannföhren betradhteten neugierig die Mitkonkurrenten, aber Mißtrauen gegen die eigenen Pferde kam bei keinem hoch, im Gegenteil, sie alle hatten grenzenloses Vertrauen zu ihren Tieren, und das verhehlte nicht seinen Eindruck auf die Zuschauer.



Das Innere einer Kohlscheune.

wenig haltbaren Frühgemüse erfolgen müßte. Auch hier steht der Einzelzüchter ziemlich hilflos dem konzentrierten Kapital des Großhandels gegenüber. Nur ein Zusammenschluß der Züchter kann durchgreifend Folgen haben, da eine solche Gemeinsamkeit der Interessen die Erwägung sehr nahelegt, auch den Absatz selbst in die Hand zu nehmen, wodurch der Großhandel am ersten ausgeschaltet würde. Es gibt viele, und zwar gerade kleinere Gärtner, die die

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Aber eines Tages, im Herbst, sah ich nach einer Mißhandlung, die ich erlitten hatte — ich weiß nicht mehr, was es war — den Entschluß, zu fliehen und meine Mutter aufzusuchen. Ich hatte die Landkarte studiert und kannte die wichtigsten Wege. Ohne genau zu wissen, wieviel ich brauchen würde, wußte ich doch, daß Geld zum Leben nötig war. Ich hatte von der Großmutter zwanzig Franken bekommen, die mir meine Herrin weggenommen hatte, und ich beschloß, dieses Geld heimlich wieder an mich zu bringen. Eines Tages, als der Mann nicht zu Hause war und die Frau die Hühner fütterte, schlich ich mich in das Schlafzimmer der Kostgeber. Der Schlüssel des Kastens, wo sie, wie ich deutlich gesehen hatte, das mir entwendete Geld verwahrt hielt, lag unter der Uhr. Ich ergriff den Schlüssel, öffnete die Schublade und fand sogleich eine Pappschachtel, die mit Fünffrankensfücken angefüllt war. Ich nahm zwei davon, schloß die Lade, zog den Schlüssel ab. Die Tür öffnete sich, die Bäuerin erschien auf der Schwelle, sie blickte mich an und sah, daß ich den Schlüssel hastig unter die Uhr zurückschob.

„Was machst du hier?“

„Nichts.“

„Nichts?“

Sie trat auf mich zu, ich war feuerrot.

„Schon gut,“ sagte sie. „Jetzt wird der junge Herr seine Taschen umdrehen.“

Ich lief zum Fenster und wollte mich hinaufschwingen, sie hielt mich zurück.

„Dieb!“

„Ich bin kein Dieb, ich habe mir nur das Geld genommen, das mir gehört, schauen Sie her.“ Und ich zeigte ihr die zwei Fünffrankensfücke.

In diesem Augenblick trat eine Nachbarin ins Zimmer. Frau Henchoz stürzte ihr entgegen.

„Schauen Sie den undankbaren Jungen an, er hat mir zehn Franken gestohlen um durchzubrennen.“

„Sie müssen die Polizei verständigen,“ sagte die Nach-

barin mit ruhigem Ton, als wäre dies die natürlichste Sache der Welt. Für gewöhnlich war sie eine brave, rechtschaffene Frau, die niemand etwas Böses zugefügt hatte, aber sie wollte meiner Herrin nach dem Munde reden.

„Man wird ihn in eine Besserungsanstalt stecken,“ sagte Frau Henchoz mit derselben Ruhe wie die Nachbarin.

Nun begannen sie beide von mir und meiner Mutter zu sprechen: „Eine schlechte Frau, die ihr Kind der Gemeinde überläßt, sein Vater ist ein Ungeheuer; niemals im Leben hat er etwas gearbeitet und schließlich ist er nach Amerika durchgegangen.“ Die Frau erzählte, was in den Briefen meiner Mutter stand und machte ihre Bemerkungen dazu. „Sie vertreibt sich die Zeit mit Stundengeben, statt ordentlich zu arbeiten,“ sagte sie lachend und mit einem Augenblinzeln, das ich nicht zu deuten wußte.

Endlich kam ihr Mann. Ich war darauf gefaßt, geprügelt zu werden, aber in Gegenwart der Nachbarin hielt er sich zurück.

„Ich habe dich noch niemals geschlagen und werde dich heute auch nicht schlagen, aber du gehst sofort mit mir zum Herrn Bürgermeister. Lauf und zieh' dich an.“

„Wenn man bedenkt, daß wir diese Schlange an unserem Busen genährt haben,“ murmelte die Frau und hob die Augen zur rauchgeschwärzten Decke.

Ich ging in meinen Verschlag, der Bauer zog sich eine frische Bluse an und führte mich zum Herrn Bürgermeister.

Ich war leichenblass und zitterte am ganzen Körper. Mein Herr trug die Sache vor. Er rief Gott zum Zeugen an, daß ich ein Ausbund von Undankbarkeit wäre, daß sie mich beide wie ihr eigenes Kind gehalten hätten, man brauchte nur die Nachbarn zu fragen. Wenn noch etwas nützen könnte, so wäre es die Besserungsanstalt, vielleicht könnte dort ein ordentlicher Mensch aus mir werden.

Der Herr Bürgermeister hörte die ganze Geschichte ruhig an, dann sagte er mit strenger Miene: „Warum hast du das Geld gestohlen?“

Ich erklärte ihm, daß ich es von meiner Großmutter bekommen hätte.

„Das ist nicht wahr,“ sagte mein Herr, „dieses Geld habe ich gebraucht, um ihm ein Paar Schuhe zu kaufen.“ Und er sprach weiter und zählte alle meine Missetaten auf: ich war ein Dieb, ein Lügner, ein ganz verdorbenes Kind. Als er mit dem ganzen Sündenregister fertig war, ließ sich der Herr

Bürgermeister in ruhigem Ton vernehmen: „Ich werde die Sache untersuchen, in acht Tagen lasse ich Ihnen Bescheid sagen.“

Mein Herr stand auf, zitternd tat ich dasselbe, denn ich wußte wohl, was mich zu Hause erwartete.

„Du bleibst,“ sagte der Bürgermeister trocken und sah mich an.

Und zu Herrn Henchoz gewendet: „Schiden Sie mir seine Sachen, wenn er in eine Besserungsanstalt kommt, muß er alles in Ordnung haben. Er bleibt so lange bei mir, bis der Gemeinderat über das weitere verfügt hat.“

Der Mann warf mir einen hahnenfüllen Blick zu, den ich lähln mit einem verachtenden Lachen erwiderte.

Nun konnte er seine Rache nicht stillen.

„Wird denn der Herr Bürgermeister den kleinen Dieb behalten?“

„Vorläufig kann ich Ihnen noch nichts Näheres sagen. Der Gemeinderat wird schon seine Verfügungen treffen.“

Da trat Herr Henchoz auf mich zu und reichte mir die Hand: „Ich will dir deine Undankbarkeit nicht nachtragen. Hoffentlich verzeiht dir der liebe Gott, so wie ich dir verzeihe.“ Dann ging er.

Ich traute meinen Augen nicht und atmete erleichtert auf. Der Herr Bürgermeister blickte mich an und fragte: „Warum hast du das Geld genommen?“

„Um zu meiner Mama zu gehen.“

„Hast du deine Mutter sehr lieb?“

„O ja.“

„Und warum wolltest du denn fortlaufen?“

Ich errötete und antwortete nichts, mein Ehrgefühl litt darunter, die Wahrheit zu gestehen.

„Komm her.“

Ich trat näher.

„Du kannst mir ruhig alles sagen, du siehst ja, daß ich dir nichts Böses tue.“

Diese Worte, die er mit sanfter Stimme gesprochen hatte, gingen mir zu Herzen und ich begann zu schluchzen. Er sagte nichts weiter, nahm mich an der Hand, öffnete eine Tür und führte mich in ein Zimmer, wo eine nicht mehr junge Dame am Fenster saß und starrte. Es war die Frau Bürgermeisterin.

„Liebe Anna, ich bringe dir einen unerwarteten Gast, der ein paar Tage bei uns bleiben wird.“

(Fortsetzung folgt.)

Wintermärchen im Harz.

Selbst in der Zeit des Flugzeuges erscheint es dem geplagten Großstädter wie ein Wunder, daß er die enge, menschengeladene Großstadt für einen Tag mit heller durchsichtiger Gebirgsluft vertauschen kann. Gibt es wohl einen größeren Gegenatz als den vom lebendigsten Verkehr überfluteten Potsdamer Platz und einen stillen, schneebedeckten Weg, der zur Höhe des Brodens, weit über 1000 Meter hinauf führt.

Und doch erlebte man dieses Wunder, wenn man am letzten Sonntagabend um 2.50 Uhr mit dem IV. Klasse-Sonderzug westwärts reiste. Ueber Potsdam, Brandenburg, Magdeburg, Halberstadt ging es mit D-Zug-Geschwindigkeit nach Bernburgerode. Abend lag über der Landschaft, als hier ein Heer von Skiläufern ausstieg, um den Anstich an die Harzbahn zu suchen, die von hier aus über Sorge und Glend nach Schierke und Braunlage mitten hinein in die Winterherrlichkeit, in die nächste Nähe des Brodens, führte. Hoffentlich es, als ob ein Heer aus dem Mittelalter, bewaffnet mit Speeren den Zug verlassen hätte, um sich hier zu irgendeinem großen Angriff zu sammeln. Bescheidene Leute fuhrten weiter nach Jisenburg oder Harzburg, um von hier aus dann am nächsten Morgen den Weg zum Broden zu wagen. Jisenburg lag verlassen, dunkel wie ein verwünschtes Nest. Weit draußen am Walbrand jedoch, wo Prinzessin Jise munter über Felsen springt, gibt es Gasthäuser, in denen es sich gut auf den nächsten Morgen warten läßt. Die Sonne blüht aus jagendem Gewölk. Vereinzelt nur liegt Schnee im Tal. Aber je höher man steigt, um so tiefer wird der Schnee. Und wer unvorsichtig eigene Wege gehen will, der kann es erleben, daß er im Schnee versinkt. Schneebeladen neigen sich die Bäume, manche brechen unter der weißen Last, Wolken Schwaden umziehen den Wanderer und je höher man den Berg hinaufsteigt, desto kürzer, zwerghafter werden die Tannen, sie scheinen immer mehr und mehr zusammenzuschumpfen. Auf dem Broden hat die Sonne sich in ein dichtes graues Tuch gehüllt. Sturm peitscht Schnee in das Gesicht. Vier Grad Kälte scheinen hier verzehnfacht zu sein. Zuweilen taucht eine geipenflige Gestalt aus dem dichten Nebel heraus: ein Skiläufer, der sein Heil im Wintersturm versucht. Stille aber wurde manchen hier oben nicht zuteil: Unglückliche Stürze, verrenkte oder gebrochene Glieder zeigen, daß das Brodengepenst auch heute noch lebendig ist. Das Brodenhaus steigt ganz unermittelt vor einem auf, das graue Tuch hielt lange es verborgen. Es ist mit Gästen reich gefüllt. Wer durch diesen Wintersturm hinauf kam, der möchte, wie Heine, „mit hinterbender Stimme gleich einen Tee verlangen“. Der Schneesturm auf dem Broden läßt die Strapazen einer Nordpolreise ahnen. So etwas läßt sich immer sehr schön in den Büchern, die Wirklichkeit kann kalt und häßlich sein. Aber man ist froh, wenn man bei solchem Wetter den Berg bezwungen hat. Nach Saperle geht es hinunter durch das Eckloch. Dann hat die Bahn uns wieder: und während die Räber hart im Takte schlagen, träumt man wohlige müde von der Winterherrlichkeit im Harz.

Der Eid im Ehescheidungsprozeß.

Stenographische Vernehmungprotokolle notwendig.

Die Angeklagte W. konnte von Glück sprechen, als sie von der schweren Anklage des Meineides freigesprochen wurde. Die Sache sah für sie bedenklich aus und der Vorsitzende des Landgerichts I, Landgerichtsdirektor Marschner, der den Freispruch verurteilte, hatte nicht unrecht, als er sagte, daß 99 Proz. für den Meineid sprächen. Das eine Prozent aber genügt, daß das Gericht nicht zur Beurteilung gelangte. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Zuchthaus beantragt.

Tatbestand und Gerichtsverhandlung entbehren nicht interessanter Momente. Die Angeklagte W., damals noch Fräulein M., besaß eine Plätterei in Düsseldorf. Der einzige Verwandte, den sie hatte, war ihr Vetter W. in Berlin. Die 41jährige Frau verspürte nun plötzlich ein Gefühl der Einsamkeit. Sie erinnerte sich dieses Veters, den sie 22 Jahre nicht gesehen, sie schrieb ihm, und er sah aus seiner Antwort, daß er in einer unglücklichen Ehe lebte. Nach einem kurzen Briefwechsel mit W. löste sie ihren Haushalt in Düsseldorf auf und zog nach Berlin. Sie fand die Wohnung des Veters in einem Zustande ungläublicher Verwahrlosung, der Vetter war auf einem Auge erblindet, außerdem war ihm ein Bein abgenommen worden. Seine Frau hatte ihn gerade in diesem Augenblick zum vierten Male verlassen. Auf Veranlassung des Veters blieb die Angeklagte W. in seiner Wohnung, die aus einer Kuchentube bestand, in der zwei Betten waren. W. reichte gegen seine Frau eine Ehescheidungsklage ein, die zur Widerklage führte. Bei der Vernehmung sagte die W. als Zeugin aus, daß sie sich weder ehebrevierischer noch ehewidriger Handlungen habe zuschulden kommen lassen. Was unter ehewidrigen Handlungen zu verstehen sei, wurde ihr nicht erklärt. Auch leugnete sie, mit dem W. das Bett geteilt zu haben. Die Ehe wurde geschieden, die Angeklagte W. heiratete W. Die geschiedene Frau erstattete aber gegen die neue Frau ihres Mannes Anzeige wegen Meineides. In der Gerichtsverhandlung stellte sich heraus, daß die Angeklagte W. einige Zeit doch mit ihrem Vetter das Bett geteilt hatte, als sie aus bestimmten Gründen nicht in einem Bett mit der zukünftigen Schwiegertochter des W., die bei ihnen eine Zeit wohnte, schlafen wollte. Etwas Ehemidriges sei aber dabei nicht vorgekommen. Der Staatsanwalt glaubte nun, daß der Tatbestand des Meineides gegeben sei. Rechtsanwalt Dr. Becker berief sich aber auf das Vernehmungprotokoll in der Meineidsklage und glaubte für die Angeklagte geltend machen zu können, daß in dem Augenblick, als sie die Frage des vernehmenden Richters beantwortete, nicht an jene kurze Episode gedacht habe. Sie habe sich deshalb weder eines schätzlichen noch eines andersartigen Meineides schuldig gemacht. So fällt das Gericht einen Freispruch. — Immer wieder kommt es bei den Meineidsprozessen, die sich aus den Ehescheidungsklagen ergeben, auf den genauen Wortlaut der Aussage an. Es wäre an der Zeit, daß bei den Vernehmungen in den Ehescheidungsprozessen die Fragen des Richters wie die Antworten der Zeugen stenographisch festgelegt werden. So manche Meineidsklage bliebe dann dem Staate erspart.

Jüdische Bauern in Rußland.

Zwei Vorträge berichteten in den letzten Tagen über das jüdische Anstiehungswort in Rußland: Dr. Paul Nathan, der altbekannte Förderer derartiger Bestrebungen, sprach in der „Gesellschaft der Freunde Rußlands“ über die Einbrüche, die ihm die Teilnahme an einer jüdischen Kolonisationsstation in Moskau gegeben hat, und Dr. Singalowsky berichtete über dieses Wort den Pressevertretern, die der Verband „Drit“ eingeladen hatte. Es ist das ein Verband, der sich auf alle Länder erstreckt, in denen Juden leben und der die Mittel, die ihm zustehen, zur kreditweisen Beschaffung von Handwerkszeug und Landwirtschaftsgeräten, sowie zum Betrieb von Berufsschulen für die ostjüdischen Massen verwendet. Im heutigen Sowjetrußland leben noch immer 2,8 Millionen Juden — also trotz der Abtrennung Polens und Litauens und trotz der durchführbaren Pogrome in der Ukraine, die dort bald nach Kriegsende müteten, immer noch eine gewaltige Zahl. Wenn auch die wirtschaftlichen Verhältnisse im Sowjetrußland sich gegen die ersten Jahre bereits erheblich konsolidiert haben, so sind doch immer noch 40 Proz. der dortigen Juden geradezu beschäftigungslos und auf Unterstufungen angewiesen. Die übrigen 60 Proz. leben vom Handel, Handwerk, freien Berufen und in steigendem Maße als Landwirte. Erst die große russische Bauernrevolution, die den Groß-

grundbesitz enteignete, hat jüdische Landbesiedlung wieder möglich gemacht und dank der Förderung durch den „Drit“-Verband sowie durch andere Organisationen und auch durch die Regierung leben heute nicht weniger als 170 000 Juden als Bauern in Südrußland. Der Anstieg zur Landbesiedlung steigt fortwährend, es sind bereits wieder 55 000 Familien dafür eingetragene, und es ist beabsichtigt, in den nächsten sieben bis acht Jahren 80 000 jüdische Familien auf das Land überzuführen. Dr. Singalowsky berichtete auf Grund seiner eben gemachten Besichtigungsreise, daß das Verhältnis zwischen den jüdischen Ansiedlern und den schon länger dort stehenden russischen und deutschen Bauern durchaus gut ist und daß die jüdischen Bauern selbst mit ihren Familien ausbleiben, da sie den Druck der Städte verlassen haben, in denen sie zumeist ein jammervolles Leben führen mußten. Dort wo die Juden ganze Dörfer bilden, ist natürlich auch die Verwaltung jüdisch und es gibt sogar schon Bezirke, in denen Amt und Gericht in jüdischer Sprache ihre Geschäfte führen.

Die südrussische jüdische Bauernsiedlung widerlegt durch die Tat das blöde antisemitische Schlagwort, daß die Juden zu produktiver Arbeit unfähig seien; wenn sie in der Hauptsache vom Handel leben, so einfach darum, weil bis vor wenigen Jahrzehnten den Juden jede andere Erwerbsweise verboten war!

Freitag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im Berliner Rathaus, Königstraße, Stadtverordnetenversammlungsaal

Kommunale Konferenz

Vortrag des Stadtbaurats Gen. Dr. Ing. Martin Wagner über: Die Wohnungsnot in Groß-Berlin. — Das sozialdemokratische Wohnungsbauprogramm.

Teilnahmeberechtigt sind: Die sozialdemokratischen Kreisrats- und Bezirksamtsmitglieder, die Stadt- und Bezirksverordneten, die Mitglieder des erweiterten Bezirksvorstandes und die Groß-Berliner Reichs- und Landtagsabgeordneten der Partei. — Mitgliedsbeitrag gilt als Ausweis. Bezirksverband Berlin SPD., Kommunal-Sekretariat.

Der Tod eines Liebespaares.

„Sie konnten zusammen nicht kommen.“

Seit etwa 14 Tagen wurden der 27 Jahre alte Straßenbahnschaffner Hermann Boshovius aus der Kochmannstraße und seine Braut, eine 18 Jahre alte Herta Berger aus der Dolziger Straße, vermisst. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß das Paar zusammen mit der Mutter der Braut ohne Angabe eines Zieles aus Berlin abgereist war. Es wurde auch bekannt, daß das Brautpaar wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hatte, weil sich einer ehelichen Verbindung schwere Hindernisse entgegenstellten. Die Nachforschungen nach dem Verbleib der drei Personen blieben erfolglos. Western fanden nun Waldarbeiter aus Schwarzburg in Thüringen in der Forst in der Nähe des zum Trappstein führenden Weges die Leichen eines jungen Mannes und eines jungen Mädchens, die beide Schußwunden aufwiesen. Aus den bei den Toten vorgefundenen Papieren ging hervor, daß es sich um den vermissten Boshovius und seine Braut Herta Berger handelte. Weitere Nachforschungen ergaben, daß das junge Paar vor einigen Tagen in Begleitung einer älteren Frau in Schwarzburg im Hotel Keller abgestiegen war. Irendetwas Auffälliges wurde an den Gästen nicht wahrgenommen. Am vergangenen Sonntag reiste die ältere Frau wieder ab und ließ die jungen Leute allein zurück. Diese unternahm einen Spaziergang, von dem sie nicht wieder zurückkehrte. Die ältere Begleiterin, ohne Zweifel Frau Berger, hat nichts von sich hören lassen und ist immer noch verschwunden. Die Nachforschungen nach ihrem Verbleib werden fortgesetzt.

Die Brandstiftungen auf den Potsdamer Gerichten.

Bisher ist es nicht gelungen, einen der Täter, die die Brandherde auf dem Potsdamer Amtsgericht angelegt haben, zu ermitteln. Auf dem Amtsgericht in der Lindenstraße wurde gestern nachmittag an einem Borhang, der zur Tür des Beratungszimmers vorgezogen wird, eine teergetränkte Stelle entdeckt. Der Brand sollte dadurch besonders gute Nahrung finden. Ein Feuerherd war mitt in auf dem Richterisch entstanden. Kurz vorher, bevor die Brände ausbrachen, hatte eine Sitzung stattgefunden. Auf dem Tische lagen noch ein Strafrechtskommentar und Akten, die dem Feuer zum Opfer gefallen sind. Die Untersuchung der Angelegenheit wird vom ersten Staatsanwalt Gerlach geführt. Ein Verdacht ist auf zwei Leute gefallen, von denen aber bisher keine genaue Beschreibung zu erlangen war. Es steht aber fest, daß bei dem Verbrechen nicht eine Person, sondern zwei oder gar drei Personen beteiligt gewesen sein müssen.

Verhaftung eines Kriminalbeamten.

Der Moabiter Aktienbeseitigungsskandal zieht immer weitere Kreise. Die Kriminalpolizei nahm nach langwierigen Bemühungen und Beobachtungen zwei neue Verhaftungen vor. Im Laufe des gestrigen Tages ist ein österreichischer Staatsangehöriger verhaftet worden, dessen Auslieferung nach Wien in den nächsten Tagen wegen anderer schwerer Straftaten bevorsteht. Der Festgenommene legte ein umfassendes Geständnis ab, worin er gleichzeitig einen Berliner Kriminalbeamten schwer belastete. Daraufhin wurde dieser ebenfalls festgenommen. Bei seinem Verhör gestand der Beamte, daß er Geschenke, keine Geldzuwendungen und auch Einladungen zu Annehmlichkeiten angenommen habe und sich dadurch zu pflichtwidrigen Handlungen habe hinreihen lassen. Eine tatsächliche Aktienbeseitigung bestreitet der Kriminalbeamte und bisher konnte ihm in dieser Beziehung eine Verurteilung nicht nachgewiesen werden. Die beiden hier festgenommenen Personen sind dem Vernehmungsrichter zugeführt worden, der Haftbefehle gegen sie erlassen hat. Die Auslieferung des österreichischen Staatsangehörigen, dessen Personalien aus bestimmten Gründen noch geheim gehalten werden, ist auf Anordnung der zuständigen Behörden vorläufig zurückgestellt worden.

Die eigene Frau . . .

Eine interessante Gerichtsverhandlung! Er war Zuhälter und Kuppler zugleich, ein Trinker und Rohling ohnegleichen. „Arbeiter“ nannte er sich und war es schon längst nicht mehr. Dafür schickte er aber seine eigene Frau auf die Straße. Brauchte sie ihm zu wenig, so mißhandelte er sie. Am liebsten war es ihm, wenn sie den „Freier“ mit in die Wohnung brachte; da konnte er ihr wenigstens sofort das Geld abnehmen. Das ging so lange, bis die Frau unter Eitonenkontrolle gestellt wurde. Das war ihm durchaus unangenehm. Um so besser! Nun konnte sie seine Frau „christlich“ ihrem „Gewerbe“ nachgehen und den ihr angetrauten Mann von ihrer Körperarbeit ernähren. Und wenn die Biergigjährige zu wenig nach Hause brachte, dann schleppte er sie an den Haaren durch die Zimmer. Endlich ließ sie davon. Sollte er ihr etwa eine Träne nachweinen? Er nahm sich eine Achtzehnjährige und schickte diese nun auf die Straße, nahm ihr das Geld ab, und mißhandelte sie. Auch sie kam unter die Eitonenkontrolle. Dann aber erstattete der Vater des Mädchens Anzeige gegen ihn. So kam er vor den Richter. Der Zuhälter befand sich nicht in Untersuchungshaft. Er durfte ohne Bewachung in das Kriminalgericht kommen und entfernte sich in aller Seelenruhe während einer Verhandlungspause um nicht zurückzukehren. Das Gericht verurteilte ihn zu 2½ Jahren Zuchthaus unter Abtrennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Hier wäre Sicherheitsverwahrung auf unbestimmte Zeit am Plage gewesen.

Der Juwelierjäger.

Brillantenverkäufer der Sowjetregierung.

Der Deutschbalte St. hatte sich vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen Amtsanmaßung und verurteilter Erpressung zu verantworten. Die Angelegenheit war insofern nicht uninteressant, als auch die berühmten Brillantenverkäufe der Sowjetregierung in den Prozeß hineinspielten.

St. war früher in Rußland ein reicher Mann. Während der Bolschewikerzeit hat er sein Vermögen verloren. Seine Schwester und sein Bruder sollen, wie er behauptet, von der Sowjetregierung umgebracht worden sein. Jedenfalls brannte er von Haß nicht allein gegen die Sowjetregierung, sondern auch gegen die „Ostjuden“. Im meisten hatten es ihm die schwarzen Juwelenhändler angetan. Er bot dem Zollgrenzkommissar seine Dienste an: er wolle nach diesen schwarzen Juwelenhändlern fahnden. Allein aus Sport, sagte er vor Gericht: die Belohnung, die er zu erhalten hätte, habe er nicht genommen, sondern sie stets zu wohltätigen Zwecken abgeführt. Ein Zeuge bestätigt, daß er wirklich in seiner Tätigkeit den Behörden große Dienste geleistet habe. Unter anderem gelang es ihm auch, bei einem Sowjetagenten H., den er als Tschelkisten bezeichnete, eine größere Anzahl von Brillanten zu beschlagnahmen. Einige Monate später fiel ihm ein anderer Agent der Sowjetregierung, namens Sch., in die Hände, und zwar auf recht originelle Weise. Der Gehilfe des früheren Verkehrsministers in Rußland, A., war in einer Geldangelegenheit Prozeßgegner des Sch. Er teilte nun dem St. mit, daß Sch. Brillanten von hohem Werte über die Grenze geschmuggelt habe. In Begleitung von Kriminalbeamten unternahm St. eine Hausdurchsuchung bei Sch. und fand auch wirklich einen Zettel, aus dem zu ersehen war, daß wertvolle Brillanten sich in einem Berliner Bankhaus zur Aufbewahrung befänden. Sie wurden sofort beschlagnahmt. A. teilte aber dem St. mit, daß St. die Angelegenheit in den Händen hätte und auf die Rücknahme der Beschlagnahme einen Einfluß ausüben könne. Sch. suchte darauf St. auf. Nun behauptet St., daß Sch. ihm eine Summe Geldes angeboten habe, damit er die Brillanten freigebe. Sch. jedoch, der in Paris kommissarisch vernommen wurde — übrigens sind alle Zeugen seitdem nach Paris verzogen —, behauptete, St. habe bei ihm, unter der Versprechung, daß er die Brillanten freigebe, eine größere Summe erpressen wollen. Die Anzeige gegen St. war aber von dem Tschelkisten H. gemacht worden. So wurde gegen St. die Anklage wegen Erpressung und in Verbindung mit der Hausdurchsuchung bei Sch. wegen Amtsanmaßung erhoben. Es gelang Sch. auch wirklich, die Brillanten freizubekommen. Der Staatsanwalt gelangte gestern nicht zur Ueberzeugung, daß St. sich schuldig gemacht habe. Ebenso wie der Verteidiger, Rechtsanwalt Bloch, plädierte er deshalb auf Freispruch. Das Gericht verfuhr demgemäß.

Der Banderolendiebstahl im Reichsfinanzzeugamt.

Großes Aufsehen erregte Anfang Dezember v. J. ein Einbruch in das Reichsfinanzzeugamt in der Tempelhofer Damm, bei dem für nicht weniger als 430 000 Mark Zigarettenbänderolen zu 2, 3 und 4 Pf. gestohlen wurden. Der Einbruch gelang, obwohl auf dem Grundstück ein Wächter mit einem scharfen Hunde vorhanden ist und das Gebäude unten zum Teil sogar bewohnt wird. Seit zwei Monaten bemühte sich unter Leitung des Kriminalkommissars Büniger das Sonderdezernat für Geldschrankeinbrüche um die Aufklärung. Jetzt endlich ist wenigstens ein Teilerfolg zu verzeichnen. Die gestohlenen Bänderolen tauchten erst lange Zeit nach dem Diebstahl auf. Der Verdacht, sie beschafft zu haben, fiel auf einen 34 Jahre alten, der Kriminalpolizei schon bekannten Kaufmann Fritz Marsal aus der Boedischstraße, den man viel in Heblerreisen verkehren sah. Mit ihm wurde nach längerer, zum Teil sehr interessanter Beobachtung, ein gewisser Otto Müller verhaftet, nachdem man in der früheren Wohnung Marsals bei einer alten Frau in der Jägerstraße zu Neudöhlen für 83 000 Mark Bänderolen aus Dablen beschlagnahmt hatte, die in dem Bett der Frau verborgen waren. Die Vernehmungen Marsals und Müllers auf dem Polizeipräsidium mußten gestern abgebrochen werden, weil mit beiden nichts mehr anzufangen war. Sener will nach wie vor nichts wissen und Müller spielt weiter den wilden Mann. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung, insbesondere über den Verbleib des noch fehlenden Teiles der Beute an Kriminalkommissar Büniger im Polizeipräsidium.

Wer will den Mittelstand vernichten?

Im Reichsverband gefährdeter Ladenmieter hat sich vor einigen Tagen die Ortsgruppe Groß-Berlin gebildet. Ihr haben sich viele namhafte Firmen, auch Handwerker und kleinere Gewerbetreibende angeschlossen. Die Ortsgruppe sammelt lausende Material. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W 15, Kurfürstendamm 62.

Dieselbe Ortsgruppe erläßt folgendes Rundschreiben: „Wer will den Mittelstand, den selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden durch Aufhebung des Mieterschutzes vernichten? Deutsche Volkspartei: Steiniger, Reichstagsabgeordneter, Home (Kiel), Landtagsabgeordneter, usw.; Deutsche Volkspartei: Dr. Grundmann, Landtagsabgeordneter, Dr. Spidernagel, Landtagsabgeordneter, usw.; Zentrum: Kölges, Landtagsabgeordneter, Röhrenburger, Landtagsabgeordneter, usw.; Wirtschaftspartei: Sämtliche Reichstagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete. Jeder werde seinen Ründigungsfall sofort mündlich und schriftlich den Landtagsabgeordneten, dem Wohnungsausschuß des Landtags (Prinz-Albrecht-Str. 5) und dem Volkswohlfahrtsministerium, Berlin, Leipziger Str. 3. Eile tut not!“ Und das muß man sich sagen lassen!

Die Arbeitsgemeinschaft „Leohnik in der Landwirtschaft“, deren Ziel die stärkere Verwendung der Maschine in der Landwirtschaft ist, hielt im Hause des Vereins Deutscher Ingenieure aus Anlaß der Grünen Woche ihre Hauptversammlung ab, in der eine Reihe fachwissenschaftlicher Vorträge gehalten wurde. So sprach der bekannte Agrarpolitiker Professor Dr. Beckmann-Bonn über die Entwicklung der Technik in der Deutschen Landwirtschaft und die Möglichkeiten des größeren Absatzes von Landmaschinen. Beckmann vertrat die Ansicht, daß die moderne Landwirtschaft der Unterstützung des Industrialismus nicht entbehren könne. Dies sei geschichtlich erwiesen. Einmal dadurch, daß die Neueinführung des Thomas-Fahrsens durch ihren Abfall durch das Thomasmehl eine starke Förderung des Futtermittelanbaues gebracht habe. Die starke Beanspruchung von Koks in der Eisenindustrie habe eine außerordentlich vermehrte Erzeugung von Stickstoff im Gefolge gehabt, und die Verbilligung der Stickstoffherzeugung durch die hightechnische Stickstoffproduktion habe es erreicht, daß heute Stickstoff das einzige Produkt sei, das die Landwirtschaft billiger als vor dem Kriege erhalte. Es sei zur technischen Durchdringung der Landwirtschaft auch eine bessere Ausbildung notwendig. Bisher fehlte es uns an einem klar erlauteten Bildungsziel. Dieses müsse sein, daß jeder Bauer in die Lage versetzt werde, die maschinellen Neuerungen aus ihre praktische Anwendung und auf den Grad ihrer Nützlichkeit beurteilen zu können. Eine Stärkung des Inlandsmarktes sei nicht etwa dadurch zu erreichen, daß die Landwirtschaft auf Kosten der anderen Berufskreise höhere Preise erziele, sondern die höheren Preise müßten einen Ansporn für stärkere Erzeugung werden.

Kommunistische Kulturkämpfer. Unter dieser Ueberschrift berichteten wir über eine Freidenkerversammlung im 6. Kreis. In diesem Bericht wurde die Diskussionsergebnisse von uns als Kommunisten bezeichnet. Frau Beck erwidert uns, festzustellen, daß sie Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist.

Eine Zeichnungsaufforderung auf fünfprozentige Anleihe des Deutschen Reichs von 1927 finden unsere Leser im Inseratenteil dieser Nummer.

Die Kriegsbeschädigten protestieren!

Wegen die Verschlechterung der Fürsorge.

Vor über tausend Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen referierte der Gouverneur Rende-Berlin vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten im überfüllten Saale der Prachtstraße des Ostens. Ausgehend von dem soeben bekanntgewordenen Skandal, daß die Firma S. K. unter Mißbrauch ihres Monopols die Wohlfahrtsmittel der Stadt Berlin außerordentlich stark in Anspruch nimmt, verwarf sie der Referent scharf gegen die Behandlung der in Fürsorge stehenden Kriegsgesamtheit durch die Armenärzte.

Die schärfste Empörung löste die Bekanntgabe der Streichung von 100 Millionen Mark im Reichshaushalt für Versorgung aus. Demgegenüber erhöhte sich der Etat des Reichswehrministeriums durch Nachtragset. Dabei ist zu beachten, daß ein kleiner Kreis von maliger höherer Offiziere (rund 1500 Generale) allein 21 Millionen Mark jährlich an Versorgungsgeldern erhält. Gibt nicht das Deutsche Reich sogar dem bekannten Kapp-Butschisten, Freiherrn v. Lüttich, Zehntausende von Goldmark jährlich Pension? Dagegen verbleibt die Summe, die als Durchschnitt jährlich auf den Beschädigten entfällt und noch nicht 400 Mark ausmacht. Mit einem Appell zum Zusammenschluß der Kriegsgesamtheit in der einzigen starken Organisation, im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, schloß der Referent unter stürmischem Beifall. Die Versammlung verwarf die gegen Störungsversuche einzelner Angehöriger des Internationalen Bundes und nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: „Die am 1. Februar 1927 in den Prachtstraßen des Ostens versammelten Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten haben mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß durch die Abwälzung der Fürsorgekosten vom Reich auf die Länder und Gemeinden die Fürsorge immer mehr verschlechtert wird. Mit aller Entrüstung wird verurteilt, daß es die Stadt durch einen Vertrag zuläßt, die Kriegsgesamtheit für die Privatinteressen eines Unternehmens wie die A.B. auszunutzen. Die Heilbehandlung im alten Berlin wird trotz aller Verordnungen und Bestimmungen immer noch im Sinne der Armenpflege von längst abgewarteten Ärzten durchgeführt. In der Versorgung wird verurteilt, daß derselbe Reichstag, der am 1. Juli 1926 mit einer einstimmig gefaßten Entschlüsselung von der Regierung die Mittel zur Verbesserung der Versorgung verlangte, jetzt durch seinen Haushaltsausschuß die im letzten Jahr überschüssigen 100 Millionen Mark gestrichen hat. Dieses wird als eine offene Verhöhnung der Kriegsgesamtheit empfunden, gegen die kein Protest scharf genug ist. Es wird verlangt, daß der überschüssige Betrag im Etat bleibt und so erhöht wird, daß die Versorgung die notwendige Verbesserung erfährt. Erst kommen die Kriegsgesamtheit und dann noch lange nicht Hochverräter wie Lüttich. Die Kriegsgesamtheit verlangt vom Reichstage ausreichende Rentenversorgung und Einbau der Zukünftigen in die ordentliche Rentenversorgung; Uebernahme der Fürsorge durch das Reich; ausreichende Fürsorge; Anerkennung des Rechtsanspruches auf Heilbehandlung für Hinterbliebene; Sicherstellung der Berufsausbildung der Kriegswaisen und Kinder Kriegsbeschädigter; ausreichende Fürsorge im Wirtschaftsleben; dauernde Sicherstellung der Arbeitsplätze.“

Es wird zu wenig Fisch gegessen!

Das alte Volksnahrungsmittel, der gebackene Fisch, will nicht recht heimisch werden in Berlin. Nun nimmt sich die Stadt Berlin der Sache an, fest das Fischgericht einfach mit auf den Speisezettel der Volksspeisungen, läßt Fischwagen mit fix und fertig gebackenem Fisch in den verschiedenen Gegenden der Stadt verkehren und speist in dieser Woche zu Propagandazwecken alltäglich eine Anzahl erwerbsloser Kaufleute in den Räumen der Zentralfischerei, Tresowstr. 11. Diese Küche gibt täglich ungefähr 20 000 Portionen Essen aus. Sie beliefert Schulen, Kinderhort, Wohlfahrtsämter und Personen, die sich das Essen selbst abholen. Der Preis einer Portion beträgt 25 Pf., für Erwerbslose 10 Pf., und ganz Bedürftige erhalten auch kostenlose Speisung. Es bleibt also abzuwarten, ob der ganz groß angelegte städtische Feldzug für die Fischmahlzeit den Erfolg bringen wird, den man erhofft. England, das leuchtende Vorbild der Fischpropagandisten, besitzt einige hunderttausend Fischküchen, London allein zählt deren 20 000, und ein Drittel des gesamten Fischfangs wandert in die Fischküchen. Pro Kopf ist ein jährlicher Fischkonsum von 70 Kilogramm zu verzeichnen, hier in Deutschland noch keine 8 Kilogramm. Vielleicht lernen wirs aber doch noch mit der Zeit. Jedenfalls berichtete die Leiterin der Volksspeisung, daß der Fisch bereits das Graupengericht überlagert hätte. Trumpf wäre allerdings noch wie vor das Gulaschgericht, und die Chancen der verachteten Kohlrübe zeigten ebenfalls eine Kurve nach oben. Beim Freitisch in dieser Woche gelangen täglich mehrere hundert Portionen zur Ausgabe. Warum aber solche Akte der Wohlthätigkeit, wenn sie auch bloß Mittel zum Zweck sind, stets durch Photographen im Bilde festgehalten werden müssen, ist nicht recht verständlich. Die verwendeten Seefische kommen zum Teil auf dreiwöchiger Reise aus dem Weißen Meer und werden von den Fahrzeugen großer deutscher Hochseefischereigesellschaften herangeführt.

Berufskundliche Vorträge für Mädchen.

Das Landesberufsamt Berlin veranstaltet zurzeit zusammen mit dem Berufsamt Südwest eine Folge berufskundlicher Vorträge in der Aula der Chamisso-Schule in Schöneberg, Barbarossaplatz 5. Der nächste (dritte) Abend, an dem Frauenberufe behandelt werden, findet am Donnerstag, den 3. Februar, 7/8 Uhr, statt. Fräulein Anna von Gierke wird über „Die Frau in der Wohlfahrtspflege“ sprechen; anschließend werden die Berufsmöglichkeiten der Nationalökonomin und der Juristin von Dr. Marie Elisabeth Lüders und von Rechtsanwältin Dr. Margarethe Berent behandelt werden. Weitere berufskundliche Vorträge werden noch bekanntgegeben.

Bom Spiclen in den Tod. Ein folgenschwerer Straßenunfall mit tödlichen Ausgang ereignete sich gestern nachmittag gegen 4 Uhr vor dem Hause Demminer Straße 26. Der fünfjährige Knabe Heinz Hansen, der in der Demminer Straße 12 wohnt, lief beim Spielen in einen Wagen der Städtischen Müllabfuhrgesellschaft hinein. Das Vorderrad ging über das unglückliche Kind hinweg. Mit schweren Verletzungen wurde es in das Birchow-Krankenhaus gebracht, doch trat bereits auf dem Transport dorthin der Tod ein. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus geschafft. Die Schuld soll das verunglückte Kind treffen.

Speech-Chor für proletarische Feiertage. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, Uebungsstunde. Die Kinder kommen um 7/7 Uhr. Sonntag, den 5. Februar, früh 8 Uhr, Bühnenprobe in der Volkshalle am Bülowplatz.

Weltliche Schule in Charlottenburg. Anmeldungen für die Ein- und Umshulung in die weltliche Schule Charlottenburg, Ostern 1927, nimmt entgegen Rektor Wilhelm Schmücker, 34. Gemeindefschule, Spreckl. 39, am Bülowplatz. Außerdem die Anmeldestellen: Karl Kahlfeld, Häfelerstraße 102, vorn IV; B. Müller, Oldersstr. 2 (Laden); Heinrich Rudolph, Siedingstr. 54; G. Gornoblenow, Gauerstr. 11, Weid. IV; 3. Klein, Siedingstr. 6; Paul Walke, Kaiser-Friedrich-Str. 52, Grub. III; Fritz Gierow, Riechstr. 23; Martha Schütz, Joachimsthaler Str. 10, prt.; A. Fischer, Schloßstr. 34, vorn III; Arur Lehmann, Königsberg 8; Frau Jakob, Potsdamer Str. 31; Leopold Deben, Kaiser-Friedrich-Str. 45b; Hugo Müller, Dönhofsstr. 27; Erich Ahrens, Wilhelmsdorfer Str. 23; Karl Hammer, Siedingstr. 55; Wilhelm Schelkenrecht, Königin-Elisabeth-Str. 7b; Heide, Gauerstr. 26; Weisheit, Nordhausener Str. 1; Adolf Werner, Schloßstr. 96; Max Schäfer, Wielandstr. 36; Fritz Ratten, Ullandstr. 32; Hans Rausch, Knechtstr. 17; Otto Wermte, Englische Straße 32; Frau Jagmann, Kirchstr. 16; Ernst Dants, Basaltstr. 16.

Ein Gaunerstreich.

Der „Regierungsrat a. D.“

Dieser Tage wurde bekanntlich in gemeinsamer Arbeit der Frankfurter und Wiesbadener Kriminalpolizei der angebliche Schriftsteller Conz aus Quierfeld bei Saarbrücken in einer Wiesbadener Wirtschaft ausgegriffen und festgenommen. Der „Schriftsteller“ hatte zahlreiche behördliche Stellen und hochgestellte Personen unter dem Vorwand, er sammle Geld für ein Standardwerk über das deutsche Stiehlungsweesen, um sehr bedeutende Summen geprellt. Conz ließ sich Visitenkarten drucken, auf denen er sich als „Regierungsrat a. D.“ bezeichnete und mit denen er selbst bei hohen Amtsstellen Eingang fand. Vor allem suchte er die Vorstände von Bau- und Stiehlungsvereinigungen von der Notwendigkeit des Wertes zu überzeugen und erhielt stets beträchtliche Geldsummen für die angebliche Drucklegung des Buches. An keiner Stelle scheint auch nur der Verdacht aufgekommen zu sein, daß man es mit einem Schwindler zu tun haben könnte. Mit den so Geprrellten pflegte er oftmals gesellschaftlichen Verkehr. Nach der „Frankfurter Zeitung“ soll er von einer Amtsstelle, wo er um Unterstützung vorsprach, sofort eine Anweisung auf 2500 M. bekommen haben. In kurzer Zeit hatte der Schwindler etwa 16 000 Mark für das Werk „gesammelt“. Das Geld verpraute er in weltlicher Gesellschaft. In einer Wirtschaft in Wiesbaden wurde er entlarvt und nach Frankfurt ins Gefängnis gebracht. Nach seiner Aburteilung wird er nach Wiesbaden, Darmstadt, Mainz, Kassel, Koblenz usw. übergeführt werden.

Die Meisterschule für deutschen Buchdruck.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter der deutschen Buchdruckerorganisationen und einer Reihe von Ehrengästen, unter denen sich auch Reichstagspräsident Genosse Böbe sowie Vertreter staatlicher und städtischer Behörden befanden, wurde gestern die Meisterschule für deutschen Buchdruck in der Brankstraße zu München eröffnet. Die Meisterschule wurde durch die gemeinsame Initiative der Stadt München und des Deutschen Buchdruckervereins geschaffen und bereits durch zahlreiche Stiftungen gefördert. Den Eröffnungsgast vollzog Oberbürgermeister Schornagl. In Vertretung des Kultusministeriums beglückwünschte Ministerialrat Dagenberger die Schule und übergab als Patengeschäft der bayerischen Regierung eine Stiftung von 50 000 Mark. Den Festvortrag hielt der Förderer und Pionier des deutschen Buchdruckerwesens Professor Friedrich Goeh von der Leipziger Akademie, der über Münchens und Bayerns Anteil am technischen Fortschritt im Buchdruckgewerbe sprach.

Wissenschaftliche Sportwoche in Davos.

Der Grundgedanke der wissenschaftlichen Sportwoche in Davos, die eine große Anzahl von Ärzten versammelte, war, durch allgemein verständliche Vorträge hervorragender Fachmänner und durch sportliche Veranstaltungen, die naturgemäß den Wintersport betrafen, die Beziehungen zwischen der Wissenschaft und dem Sport der Öffentlichkeit kundzutun. Die Vorträge besetzten sich mit der Geschichte des Sportes (Oberregierungsrat Dr. Rallwih-Berlin), mit den Beziehungen des Sportes zur Medizin, die von Geheimrat Abderhalden, Halle, und anderen Spezialisten erörtert wurden. Die erzieherische Seite behandelte Dozent Matthias, München. Der Vortrag von Dr. Diem, Berlin, über die sozialhygienische Bedeutung des Sportes, streifte sowohl Fragen der Erziehung als auch der Medizin. Endlich muß der Vortrag von Prof. Hellpach, Heidelberg, erwähnt werden, der in formvollendeter Art den idealen Wintertag an seinen Wirkungen auf den Menschen schilderte.

Daß der Sport heute dem öffentlichen Leben in vielfacher Beziehung seinen Stempel aufdrückt, und daß das Interesse für Leibesübungen in der Jetztzeit derart groß ist, ist eine von niemandem bestrittene Tatsache. Es ist zwar richtig, die Begeisterung für den Sport nimmt manchmal Formen an, die nicht erwünscht sind, aber wir müssen solche Auswüchse nicht allzu trognisch nehmen (1. Red. d. B. W.). Denn Hellpach bemerkte ganz richtig, daß das nur ein allzu starkes Ausschlagen des Pendels nach der einen Seite darstellt, während früher das Pendel nach der anderen Seite ausschlug, als nämlich im deutschen Volke eine Uebererschöpfung der Geisteskräfte vorhanden war und kurzfristige, krüppelhafte, körperlich schwache Menschen aus den Schulen hervorgingen. Mit ernstlichen Worten wendeten sich fast alle Vortragenden gegen die übertriebene Bewertung der Rekordleistungen. Spitzenleistungen dürfen nicht so weit gehen, daß dadurch kulturelle Werte zerstört werden. Sie dürfen auch nicht von jenen angestrebt werden, die gesundheitlich den Anforderungen eines schweren Trainings nicht gewachsen sind. Aufgabe der Sportärzte ist es, die Sporttreibenden zu beraten und sie vor Schädigungen ihrer Gesundheit durch den Sport zu bewahren. Von größtem Interesse waren die Ausführungen von Professor Abderhalden, Dr. Knoll und Geheimrat Moritz über die Wirkungen des Sportes auf den Körper. Insbesondere ist es das Training, das eine weitgehende Umstimmung des ganzen Körpers bewirkt. Die moderne Wissenschaft ist heute bereits in der Lage, durch sehr sinnreiche Untersuchungsarten die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen zu bestimmen. Vom medizinischen Standpunkt aus ist als Höchstleistung jene Leistung zu bewerten, die mit gleichmäßiger Anspannung des Körpers durch den ganzen Kampf hindurch erfolgte und nicht diejenige, die in unökonomischer Weise Körperkräfte verausgabt wurden. — Die sportlichen Veranstaltungen waren leider nicht durch das Wetter begünstigt und mußten vielfach ausfallen.

Der Belohnung wegen!

Die Reichsbahndirektion Ludwigshafen teilt mit: Am Sonntag nachmittag gegen 4 Uhr teilte ein Mann der Bahnagentin in Asfelheim mit, daß er auf der Bahnstrecke zwischen Wertesheim und Asfelheim Steine auf den Schienen entdeckt habe. Ein Bahnbetriebsmeister begleitete den Mann nach dem Tatort und sand dessen Angaben bestätigt. Fünf größere Sand- und Kalksteine und etwa 12 Schottersteine lagen auf den Schienen. Sie wurden entfernt. Nach Untersuchungen des Mannes war zu vermuten, daß der Anschlag vorgeführt worden ist, um durch die Anzeige eine Belohnung zu verdienen. Der Mann wurde verhaftet und hat gestanden.

Ein Polizeioffizier im Hinterhalt erschlagen. In der Nacht zum Dienstag ist ein Magdeburger Polizeioffizier auf einem Kontrollgang in der Nähe des Alten Marktes von einem jungen Mann um „Unterstützung“ gebeten und in einen Hinterhalt gelockt worden, wo noch unbekannte Täter über ihn herfielen und ihm mit harten Gegenständen den Kopf zersplitterten. Der tödlich verletzte Offizier wurde von herbeigerufenen Polizisten in seine Wohnung getragen.

Achtzehn Arbeiter von einem Felsblock getötet. Im nördlichen Kaukasus zerstörte ein Felsblock, der sich infolge der schweren Schneestürme gelöst hatte, eine Arbeiterbaracke. Achtzehn Arbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden.

Sturmflutkatastrophe in Norwegen. In den letzten Tagen wurde Norwegen von einem gewaltigen Orkan heimgesucht, der große Verheerungen angerichtet hat. Überall sind Stallungen und Wirtschaftsgebäude ruiniert, Schiffe an den Strand getrieben und Telephonmasten zu Hunderten umgelegt. Man befürchtet den Verlust einer Reihe von Fischerbooten, die das Land nicht haben erreichen können.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdruck verb.) Beschleibe, meist stärkere Bewölkung, keine erheblichen Niederschläge. Temperaturen etwas geringer. — Für Deutschland: Temperaturen überall etwas niedriger, in Ostpreußen Temperaturen meist um Null, nur südwestliche leichte Niederschläge.

Sie garantieren:

Unsere neue Mischung

enthält nur

Tabake der neuesten Ernte, frisch manipuliert

Diese Ernte vereinigt wie keine frühere leichte, bekömmliche Qualität mit blumigem

Aroma und glattem Brand

GOLD-SABA.....4 8
KÖNIGIN V. SABA.....4 8
BACCARAT.....5 8

GARBÁTY



Voranzeige! Sonnabend, den 3. und Sonntag, den 4. Februar, findet eine wichtige Flugblattverteilung statt...

- 1. Kreis Friedrichshain. Sitzung SPD-Abteilungsleiters...
- 11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Donnerstag, 3. Februar, 8 Uhr...
- 14. Kreis Prenzlau. Donnerstag, 3. Februar, 7 1/2 Uhr...

Heute, Mittwoch, den 2. Februar: 8 1/2 Uhr im Lokal Ziel Ring, Ecke Albrechtstraße...

Morgen, Donnerstag, den 3. Februar: 5 Uhr bei Seckler, Gensurstraße 14...

Sterbefall der Groß-Berliner Partei-Organisation

22. Abt. Unser Genosse Hermann Schmidt, 58 Jahre alt, ist im Alter von 79 Jahren am 20. Januar verstorben...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Sitzung, Abteilungsleiter, hält heute, Mittwoch, zwischen 5 und 7 Uhr im Jugendheim...

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold' Geschäftsstelle: Berlin 614, Sebastianstr. 37/38...

Arbeiterwohlfahrts-Konferenz

Am Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25...

Geschäftliche Mitteilungen

Für die Weiße Woche hat das weltbekannte deutsche Gardinen- und Teppichhaus...

Funkwinkel

Die Vortragsreihe 'Mensch und Arbeit' wurde fortgesetzt. 'Ich und mein Kontokorrent' - das kann, wie Heinrich Papsi zeigte...

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold' Geschäftsstelle: Berlin 614, Sebastianstr. 37/38...

STAATL. FACHINGEN Zu Haustrinkkuren bei Gicht, Rheumalismus, Zucker-, Nieren-, Blasen-, Harnleiden...

Zeichnungsaufforderung auf 5% Anleihe des Deutschen Reichs von 1927. Zur Flüssigmachung der vom Reichsminister der Finanzen durch die Staatsgesetze für 1926...

Kämpfe der Düngemittelindustrien.

Das Schicksal der Superphosphatindustrie.

Die Intensivierung der Bodenkultur hat nach dem Kriege in größerem Umfange eingesetzt als je. War die Düngemittelherzeugung in der Vorkriegszeit aber die fast ausschließliche Tätigkeit der Kali- und der Superphosphatindustrie, so sind diesen beiden Industrien seit dem Kriege in der synthetischen Chemie und der Nebenproduktverwertung eine fürchterliche Konkurrenz entstanden. Diese Konkurrenz ist um so erbitterter, als die Farben- und die Röntgenindustrie durch die Schaffung von eigenen Industrien in den bisherigen Bezugsländern und durch die Zellkohlenindustrie in die zukunftsreiche synthetische Düngemittelherzeugung hineingerufen werden. Am meisten zwischen die Räder kam dabei bisher die Superphosphatindustrie. Durch eine weltumspannende Propaganda und durch internationale Zusammenarbeit versucht sie heute den verlorenen Boden wieder zu erringen.

Abwärtsschwund für Phosphate.

Innerhalb der Industriegruppen für künstliche Düngemittel nimmt die Superphosphatindustrie einen bedeutenden Platz ein. Um ihre Bedeutung als Kunstdüngerproduzent zu erkennen, ist es notwendig, den Verbrauch in künstlichen Düngemitteln innerhalb des Deutschen Reiches kennen zu lernen. Dieser stellt sich für Phosphate:

argen	gebirg	Kallmergel	Kalk	Stickstoff-N	
im Jahre 1913/14	auf 555 000 t	200 000 t	1 500 000 t	490 000 t	185 000 t
im Jahre 1925/26	auf 880 000 t	568 000 t	688 000 t	608 000 t	880 000 t

Während der Superphosphatverbrauch noch im Jahre 1913/14 um rund 14 Proz. den Kaliverbrauch und rund 200 Proz. den Stickstoffverbrauch überragte, ist seitdem eine grundlegende Änderung in dem Verbrauch bzw. der Anwendung der künstlichen Düngemittel eingetreten. Wie die Aufstellung zeigt, haben sich die früheren Verbrauchsziffern zugunsten des Superphosphats und zugunsten des Kalis und Stickstoffs verschoben. Stellte sich die Mehrverwendung des Phosphats im Jahre 1913/14 noch gegenüber dem Kali auf 14 Proz. und gegenüber Stickstoff sogar auf 200 Proz., so zeigen die Verbrauchszahlen von 1925/26, daß der Verbrauch an Phosphatdüngern gegenüber dem Kaliverbrauch um rund 60 Proz. abgenommen hat, wogegen sich der Mehrverbrauch an Phosphat gegenüber dem Stickstoff von 200 Proz. im Jahre 1913/14 auf 13 Proz. im Jahre 1925/26 ermäßigte.

Die Ursache der Abkehr der Landwirtschaft von dem Bezuge der Phosphorsäure liegt in der Ansicht, daß durch die früher stattgefundenen zu starke Verwendung von phosphorhaltigen Kunstdüngern eine Bodenverfäuerung stattgefunden habe. Tatsächlich sind vor dem Kriege, wie aus den Zahlen hervorgeht, 4 055 000 Tonnen phosphorhaltige Kunstdüngerstoffe in Form von 555 000 Tonnen Phosphat, 2 000 000 Tonnen gebrannter Kalk und 1 500 000 Tonnen Kalkmergel verwandt worden. Die Reinigung der Landwirte hinsichtlich der Bodenverfäuerung hat sich aber nicht nur bei der Verwendung von Phosphaten, sondern in noch weit stärkerem Maße bei Kalk und Kalkmergel ausgewirkt. Hier ist ein Verbrauchrückgang gegenüber 1913/14 um rund 250 Proz. und 120 Proz. eingetreten.

Mit Rücksicht auf die ungünstigen Absoverhältnisse der Superphosphatindustrie, welche sich durch das Düngemittelprogramm der

Stickstoff- und Kaliumwirtschaft noch verschärft, ist in der kürzlich in London abgehaltenen Internationalen Superphosphatkonferenz beschlossen worden, in den deutschen Agrargebieten durch Propagandaflüge Vorzüge und Nützlichkeit bei richtiger Anwendung von Superphosphatdüngern darzulegen. Der Landwirt soll aufgeklärt werden, daß das Erntergebnis selbst bei reichlicher Verwendung von Kalk und Stickstoff nicht erheblich gesteigert werden kann, wenn dabei nicht die notwendigen Mengen Superphosphat mit Verwendung finden.

Die Superphosphatindustrie vertritt sich durch diese besondere Propagandaflüge eine Erweiterung des Absatzes und hofft, diesen auf den Stand der Vorkriegszeit zu bringen.

Die Superphosphatindustrie verfügte im Jahre 1900 über etwa 130 Werke. Durch fortlaufende Rationalisierungsbestrebungen hat sich die Werkszahl seitdem ständig vermindert, so daß im Jahre 1914 nur noch etwa 80 Werke vorhanden waren und nach der neuerlichen Rationalisierung nur noch 50 Werksanlagen bestehen. Die Verkaufspreise für Superphosphate entwickelten sich folgendermaßen: 1900 42 Pf., 1913 35 Pf., 1924 42 bis 60 Pf., 1925 40 bis 44 Pf., 1926 35 bis 41 Pf.

Wenn es der Wettbewerbsfähigkeit des Superphosphatindustrials gelingen sollte, den Absatz zu steigern, dürfte damit gerechnet werden können, daß die vorhandenen 50 Werke der Superphosphatindustrie in Betrieb bleiben, sollte die sechsjährige Absovermenge dagegen eine Erhöhung nicht erfahren, vielmehr durch die diversen Wettbewerbsbestrebungen seitens der Stickstoff- und Kaliumgruppen weiter abfallen, so dürfte eine weitere verschärfte Zusammenlegung der Industrie unumgänglich sein.

Kaliumwirtschaft und Kalipreise.

Die 2. Hauptversammlung der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer hat auf ihrer kürzlichen Tagung zur Frage der Kalipreise eine Resolution beschlossen, die auf schärfste die Kalipreiserhöhung verurteilt. Die Resolution lautet:

„Die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer muß in aller Schärfe Einspruch gegen die vor kurzem vorgenommene Erhöhung der Kalipreise erheben. Es bedeutet eine erneute und ohne Zweifel in sehr vielen Fällen untragbare Belastung der landwirtschaftlichen Betriebsführung, wenn ein Betriebsmittel von der Bedeutung der Kalidünger eine Preiserhöhung von nahezu 10 Proz. erfährt.“

Hierzu bemerken wir: Im Reichstagsrat haben die Vertreter der Landwirtschaft unter Führung des Herrn Geh. Justizrats Dr. Dietrich geschlossen für die Kalipreiserhöhung gestimmt. Ohne Zustimmung der Landwirtschaftsvertreter wäre ein Kalipreiserhöhung glatt unmöglich gewesen. Die Entschliebung der Hauptlandwirtschaftskammer richtet sich also in erster Linie gegen die Vertreter der Landwirtschaft im Reichstagsrat; sie rechtfertigt sich voll und ganz unsere von allem Anfang an ablehnende Stellung zur Kalipreiserhöhung. Ein trefflicher Beweis für die bodenlose Leichtfertigkeit der „Vertreter“ der Landwirtschaft in der Frage der Kalipreiserhöhung konnte nicht geführt werden, wenn es nach der riesigen Absoversteigerung im Januar noch eines Beweises für die Ueberbissigkeit der Preiserhöhung bedürft hätte. Aber auch der Herr Reichswirtschaftsminister ist durch diesen Beschluß bloßgestellt, der von vornherein auf die Ausübung seines Vetorechtes verzichtet hat.

Rationelle Elektrizitätswirtschaft in Berlin.

Ankauf des Spandauer Kraftwerks.

Der Aufsichtsrat der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke U. G. (Bewag) hat beschlossen, die Anteile des Städtischen und Kreis-Kraftwerkes Spandau, die noch nicht im Besitze der Stadt Berlin waren, zu kaufen. Der Ankauf ist bereits getätigt worden. Mit diesem Erwerb ist ein wichtiger Schritt vorwärts getan auf dem Wege, der zur endlichen Vereinheitlichung des Berliner Elektrizitätswesens führt.

Das Spandauer Unternehmen, das jetzt vollständig in den Besitz der Stadt Berlin übergegangen ist, war im Jahre 1911 in der Form der G. m. b. H. begründet worden. Das Gesellschaftskapital betrug 2 Millionen Mark. Die eine Hälfte hiervon war von der früheren Stadt Spandau übernommen worden und ging, nach Begründung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin, auf diese über. Die andere Hälfte war im Besitze der Landkreise Osthavel, Westhavel und Ruppiner. Diese zweite Hälfte wurde zuletzt von dem Märkischen Elektrizitätswerk (Mew.), das ist die Ueberlandzentrale der Provinz Brandenburg, verwaltet. Das städtische und Kreis-Kraftwerk Spandau hatte drei Abnehmer: erstens die frühere Stadtgemeinde, jetziges Bezirksamt Spandau, zweitens die genannten drei Landkreise, drittens die Siemens-Schuckert-Werke, die auf Spandauer Gebiet ihre Fabriken haben. Das Spandauer Kraftwerk lieferte die Energie ab Schalttafel der Zentrale. Die Verteilung des Stromes war nicht Sache der G. m. b. H.; die Verteilung erfolgte in Spandau durch die Bewag, in den Landkreisen durch die Mew.-Organisation. Die Belieferung der Siemens-Schuckert-Werke in Spandau geschah teils durch die Bewag, teils durch das Spandauer Werk. Im übrigen war die Stromlieferung an die Siemens-Schuckert-Werke der Gegenstand langjähriger Streitigkeiten und Auseinandersetzungen zwischen der Bewag einerseits und der Spandauer Kraftwerks-G. m. b. H. andererseits.

Der Gedanke, die G. m. b. H.-Anteile, die bisher im Besitze der drei Landkreise bzw. des Mew. waren, für die Stadt Berlin zu erwerben, tauchte auf, als der Aufsichtsrat der Spandauer G. m. b. H. beschloß, für den Betrieb seiner Zentrale eine Turbinenanlage von 16 000 Kilowatt Leistung neu zu beschaffen. Dieser Plan war, vom Standpunkte der Spandauer G. m. b. H. aus gesehen, ganz in Ordnung, vom Standpunkte der Groß-Berliner Elektrizitätswirtschaft aus betrachtet aber war er höchst unzumutbar; denn die Aufstellung einer neuen 16 000-Kilowatt-Einheit in Spandau bedeutete für Berlin, daß die Elektrizitätsversorgung der Stadt, die ohne dies genügend gesplittert ist, sich weiter splitterte, und dies noch dazu unter Inanspruchnahme finanzieller Mittel, die zur Hälfte der Stadt gehörten. Es war klar, daß eine auf Rationalisierung der Energieversorgung ausgehende Elektrizitätsverwaltung einer derartigen systemlosen Entwicklung Einhalt gebieten mußte. So kam es zu Verhandlungen mit dem Mew., die jetzt mit dem Erwerb der restlichen Hälfte der G. m. b. H.-Anteile gipfelt haben.

Die Stadt bezahlt für die ihr überlassenen Anteile die Summe von 3,5 Millionen Mark. Sie wird damit zur alleinigen Besitzerin der gesamten Anlagen der Spandauer Zentrale einschließlich des wertvollen Grundstückes des Werkes in einer Größe von 114 548 Quadratmetern. Das Grundstück liegt mit einer Front an der Havel, mit einer anderen Front an einem von der Havel abzweigenden Stichkanal. In dem jetzt über die städtischen Anteile der Spandauer G. m. b. H. verfügt, wird jeder Streit über die Stromlieferung an die Siemens-Schuckert-Werke hinfällig. Dieses große und zukunftsreiche Fabrikationsunternehmen gehört jetzt unbestritten zum Versorgungsgebiete der Bewag. Der Alleinbesitz der Spandauer G. m. b. H. ermöglicht es ferner, die Energieversorgung des Spandauer Bezirkes systematisch und ökonomisch in die Gesamt-Berliner Elektrizitätswirtschaft einzugliedern. Als die Einheitsgemeinde Berlin im Jahre 1920 aus einer großen Anzahl von Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken gebildet wurde, lag diesem Zusammenschlusse u. a. auch der Gedanke zugrunde, Raum zu schaffen für eine einheitliche Versorgung des Stadtgebietes mit Gas, Wasser und Elektrizität. In Auswirkung dieses Grundgedankens ist jetzt die Uebernahme der noch ausstehenden Hälfte des Gesellschaftskapitals des Städtischen und Kraftwerkes Spandau erfolgt.

Dr.-Ing. B. Rajeczyk.

Die Börse profitiert

... von der Rationalisierung!

Die „Commerz- und Privatbank“ hat für Ende Januar wieder ihre allmonatliche Zusammenfassung über die Entwicklung der Aktienmärkte an der Berliner Börse veröffentlicht. Diese Veröffentlichung läßt für die Bewertung der deutschen Aktienunternehmungen im Zeitraum von Ende Dezember bis Ende Januar wieder einen gewaltigen Sprung aufwärts erkennen. Während Ende Dezember noch

	Ende Jan. 1926	Ende Dez. 1926	Ende Jan. 1927
in Proz. sämtlicher in Berlin notierten Aktien			
unter 50 %	85,9	9,6	6,2
von 50—75 %	25,6	14,4	10,6
75—100 %	20,5	21,6	18,0
100—150 %	13,1	20,4	31,2
150—200 %		18,7	20,2
200—250 %	1,9	8,7	9,0
über 250 %		2,6	5,9

45,6 Proz. sämtlicher in Berlin gehandelten Gesellschaften weniger als ihr nominelles Aktienkapital wert waren, ist der Anteil dieser Unternehmungen Ende Januar auf 32,8 Proz. gesunken. Auf der anderen Seite ist der Anteil der mit über 150 Proz. ihren Aktien nominal bewerteteten Unternehmungen in diesem Monat von 25 auf 36 Proz. gestiegen.

Geradezu unheimlich groß aber ist der Unterschied in der Bewertung der Aktienunternehmungen im Vergleich zum Januar des vergangenen Jahres. Der Anteil der niedriger als des Aktienkapital bewerteten Gesellschaften, der Ende Januar 1926 noch 85 Proz. ausmachte, ist auf 32,8 Proz. gesunken, während der Prozentsatz der mit mehr als 150 Proz. ihres Kapitals be-

werteten Gesellschaften mit 36,0 gegen 1,9 Proz. fast verdoppelt ist.

Die Ursachen dieser Entwicklung haben wir mehrfach aufgezeigt: die annähernde Halbierung des Diskonts hat den Kapitalwert der bestehenden Unternehmungen entsprechend fast verdoppelt. Das übrige laien der Glückszufall des englischen Bergarbeiterstreiks, die spekulationsfördernde Kreditpolitik der Privatbanken und die Rationalisierung der Industrie. Was die Arbeiterschaft bei der Kritik dieser Entwicklung aber wieder und immer wieder unterstreichen muß, ist der ausschließlich kapital- und dividendenfreundliche Charakter dieser Entwicklung, die für die Volkswirtschaft lediglich zerstörend wirken muß, wenn für das nun so gewaltig aufgewertete Kapital im Kreislauf der Gesamtwirtschaft der Absatzraum zu eng bleibt und die Millionenarbeitslosigkeit verewigt wird.

Der Arbeitsmarkt Ende Januar.

Infolge des Wiedereinsetzens des Frostes hat sich der Arbeitsmarkt in der vierten Januarwoche nach den Berichten der Landesarbeitsämter im ganzen wieder etwas verschlechtert. Ungeheuren mußten zum erheblichen Teil wieder eingestellt werden. Nur in einigen vornehmlich großstädtischen Gebieten wird eine geringe Verminderung der Arbeitslosenziffer gemeldet, so beispielsweise erstmalig in Berlin, wo sie um rund 3400 Personen gefallen ist, ebenso in Hamburg um 2,3 Proz., Bremen, Rheinland-Westfalen, Baden und Pfalz.

Wirtschaft und Verwaltung.

Tatsachen und Probleme.

Vor der Vereinerung für staatswissenschaftliche Fortbildung sprach am Montag abend Staatssekretär a. D. Prof. Julius Hirsch über das heute besonders umstrittene Thema „Wirtschaft und Verwaltung“. Er entrollte ein interessantes Bild von den engen Wechselbeziehungen zwischen Staat und Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart, zeigte, wie schon in vorgezeichneten Zeit der Streit über den Anteil des Staates an der Wirtschaft zu ähnlichen Meinungsgegensätzen geführt hat, wie sie im letzten Jahrhundert zwischen der liberalen und der sozialistischen Schule ausgefochten wurden, und wie sie in der Frühzeit des Kapitalismus, nach der französischen Revolution, zu der Gewerbfreiheit führten, die übrigens in Preußen besonders rasch durchgeführt wurde. War aber das Ziel jener geradezu revolutionären Bewegung die Pflege des tüchtigen Klein- und Mittelbetriebes, dem die Freiheit der Konkurrenz erst den notwendigen Bewegungsräum verschaffen sollte, so brachte die kapitalistische Arbeitsteilung und -verteilung das Emporkommen der Großbetriebe, führte zur Entwurzelung des Handwerks und zur Entstehung des Proletariats. Diese Entwicklung machte das Eingreifen des Staatsgewalt notwendig, man rief nach der organisierten Gemeinwirtschaft. Unter dem Druck des Krieges wurde die Zwangswirtschaft durchgeführt, die sich entgegen allen abfälligen Urteilen für ihren Zweck sehr bewährt und gewaltige Leistungen vollbracht hat.

Obwohl seit etwa zwei Jahrzehnten nach kaufmännischem Geiste in der Verwaltung gerufen wird, obwohl dazu eine Immediatkommission eingesetzt wurde, obwohl endlich eine Reihe von kaufmännischen Persönlichkeiten in der Regierung tätig war, hat sich an der Verwaltung selbst nicht viel geändert. Dagegen zeigten sich die engen Wechselbeziehungen von Staat und Wirtschaft in der auf fallenden Tatsache, daß die Privatwirtschaft beamtete Persönlichkeiten an sich zog und der Staatswirtschaft eigentümliche Verwaltungsformen in ihre Großorganisationen übernahm, so u. a. die Haushaltsrechnung, das Konzentrationssystem. In allen Ländern ist der Einfluß der Wirtschaft auf den Staat gewachsen. Aber selbst wenn die Wirtschaftsführer vom Staate sonst nicht geführt sein wollen, appellieren sie an seine Hilfe, sobald sie außerstande sind, aus eigener Kraft bestimmte Aufgaben zu lösen. So mußten sich die öffentlichen Betriebe immer mehr ausdehnen. Ihr Zweck ist im Gegensatz der auf Erwerb gerichteten privaten Wirtschaft die Durchführung bestimmter dem Gesamtinteresse dienender Aufgaben. Der Redner zeigte an Hand von Beispielen die verschiedenen Formen öffentlicher Wirtschaftsbetriebe, legte dar, wie der Anteil der öffentlichen an der gesamten Wirtschaftstätigkeit im ständigen Wachsen ist, ob es der Privatwirtschaft gefüllt oder nicht. Ein großer Teil der Mehrausgaben des Staates, über die die Wirtschaft klagt, entfällt auf die Fürsorge für die mehr als zwei Millionen unglücklicher Erwerbslosen, deren Unterstüzung nicht nur eine ständige, sondern geradezu eine volkswirtschaftliche Pflicht ist. Eine vorausschauende Wirtschaftspolitik hätte es verhindern müssen, daß so ungeheuer viel Arbeitskräfte ungenutzt bleiben, daß gleichzeitig ein ebenso ungeheurer Mangel an Wohnungen und ein gewaltiger Kapitalüberfluß besteht. Mit großer Schärfe, trotz aller Anerkennung der Leistungen der Privatwirtschaft wandte sich Hirsch dagegen, daß man aus einseitiger theoretischer Einstellung die Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand bekämpfte und hemmte. Aufgabe der Wirtschaftspolitik müsse es vielmehr sein, die unbeherrschten und daher oft einander widerstrebenden Wirtschaftskräfte im Sinne einer Steigerung des Produktionsertrages zu lenken.

Reichsindex für Lebenshaltungskosten. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstigen Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Januar auf 144,8 gegen 144,3 im Vormonat. Bei den Ernährungsausgaben werden Steigerungen der Preise für Gemüse, Kartoffeln, Brot, Zucker und Kakao durch Nachgeben der Preise für Eier, Milch und Milcherzeugnisse sowie für Fleisch nur zum Teil ausgeglichen. Die Bekleidungs Ausgaben haben ihre Abwärtsbewegung weiter leicht fortgesetzt. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100) für Ernährung 150,7, für Wohnung 104,9, für Heizung und Beleuchtung 144,7, für Bekleidung 156,7, für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 152,4.

Zwei Milliarden Mark preussische Spareinlagen. Wie die „Spartassen-Korrespondenz“ mitteilt, haben die Einlagen der preussischen Spartassen Ende Dezember 1926 die Summe von 2013,9 Millionen erreicht und damit die Zwei-Milliarden-Grenze überschritten. Der Zuwachs in den beiden letzten Halbjahren blieb mit je 461 Millionen Mark absolut gleich. Für das Jahr 1926 ergibt sich aber gegenüber den beiden Vorjahren die bisher größte Steigerung. Während im Jahre 1924 ein Zuwachs von rund 400 Millionen, für das Jahr 1925 ein solcher von rund 700 Millionen zu verzeichnen war, ist der Zuwachs im Jahre 1926 auf 920 Millionen gestiegen. Wie sehr die Spartaspareninlagen heute noch im Wiederaufbaustand sich befinden, mit anderen Worten der starke Zuwachs kaum als normale „Ersparnis“ angesehen werden darf, zeigt der Vergleich mit 1913. Während unter den günstigen Verhältnissen der Vorkriegszeit der Jahreszuwachs etwa 600 bis 700 Millionen betrug, liegt er heute um fast 50 Prozent höher. Die außerordentlich große Spartätätigkeit muß daher mehr als Ausdruck des Sparwanges aus wirtschaftlicher Not, denn als Zeichen wachsenden Reichtums angesehen werden. Das wird auch deutlich daraus, daß die Summe von zwei Milliarden den Stand der preussischen Spartaspareninlagen vom Jahre 1885 entspricht und nur den letzten Teil der Spartaspareninlagen von 1913 ausmacht. Auf den Kopf der preussischen Bevölkerung kamen 1913 mehr als der sechsfache Betrag von heute; nämlich 367 Mark gegen 58 Mark im Jahre 1926.

Die Zukunft der britischen Gewerkschaften.

Von Arthur Pugh.

Genosse Arthur Pugh, Generalsekretär der Vereinigten Britischen Eisen- und Stahlgewerkschaften und Präsident des Gewerkschaftsalltagskongresses während des Generalkongresses, hat nachfolgenden Bericht dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress unterbreitet:

Die britischen Gewerkschaften, in denen mehr als 5 1/2 Millionen Arbeiter organisiert sind, haben in den letzten sechs Jahren eine Anzahl außerordentlich schwerer Proben durchmachen müssen. Diese Periode besonderen Drucks begann im Jahre 1921 und erreichte ihren Höhepunkt im Stillstand in der Kohlenindustrie und im Rationalstreik von 1926. Was sind die Wirkungen dieser Ereignisse gewesen, und was haben die Arbeiter daraus lernen können?

Um die gegenwärtige Lage und die zukünftigen Aussichten der britischen Gewerkschaftsbewegung beurteilen zu können, muß man berücksichtigen, was die Bewegung hinter sich hat: eine über 100 Jahre alte Erfahrung und eine große Tradition im Dienste der Arbeiterschaft. Die Bewegung hat sich langsam, aber stetig zu der mächtigsten aller Schöpfungen der arbeitenden Klasse entwickelt und hat in das Leben der Völker tiefe Wurzeln geschlagen. Sie stellt mehr als irgendeine andere Bewegung oder Organisation den wirtschaftlichen Geist der britischen Arbeiterschaft dar und hat einen festen Halt an deren Unterstützung. Der größte Aktivist der Gewerkschaften ist die Treue und Begeisterung der Mitglieder aus den arbeitenden Millionen, deren Interessen zu schützen ihre vornehmste Aufgabe ist.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, kann gesagt werden, daß die kürzlichen Ereignisse

die Macht und den Einfluß des britischen Gewerkschaftswesens nicht erschüttert

haben, obwohl infolge des langen Stillstandes in der Kohlenindustrie und des Nationalstreiks die Gewerkschaften schwere finanzielle Verluste zu verzeichnen hatten; dennoch sind sie in einer wesentlich stärkeren Position, als sie es vor dem Kriege waren. Während der Kriegsjahre wuchs die Mitgliedschaft enorm und erreichte im Jahre 1920 ihren Höchststand von über acht Millionen; und trotzdem der Rückgang in der Mitgliedschaft während der Jahre 1921—1925 im ganzen mehr als 2 1/2 Millionen betrug, ist die Gesamtzahl der Gewerkschaftler in diesem Lande heute um 1 1/4 Millionen größer, als im letzten Vorkriegsjahr. Offizielle Statistiken zeigen, daß dieser Rückgang in der Mitgliedschaft nun zu einem Stillstand gekommen ist. Es ist zweifellos zu erwarten, daß die Mitgliedschaft von nun an wachsen wird.

Man muß über die Tatsache im Auge behalten, daß die kürzlichen stattgefundenen Ereignisse ernste Folgen für die Zukunft haben werden. Das Wachen des Gewerkschaftswesens hat Widerstand und Furcht bei anderen Klassen hervorgerufen. Dieses Gefühl wurde verstärkt durch die Tätigkeit und Politik der Gewerkschaften während des Rationalstreiks. Daher ist in der konservativen Partei

die Forderung nach gesetzlichen Befreiungen der Gewerkschaften

entstanden, mit der Absicht, diesen die gesetzlichen Rechte und die Macht, die sie im Laufe der Jahre gewonnen haben, zu nehmen. Der Angriff richtet sich gegen beides, die industriellen und politischen Rechte der Arbeiterschaft.

Die konservative Regierung, die gegenwärtig an der Macht ist, wird wahrscheinlich zum Teil gegen ihren eigenen Willen, sich mit der Frage beschäftigen, wie man die Macht der Gewerkschaften bei industriellen Streitigkeiten beschränken und ihre politische Tätigkeit eindämmen kann. Der Vorschlag der Konservativen geht darauf hinaus, die Tätigkeit friedlicher Streikposten bei industriellen Auseinandersetzungen zu unterbinden, die Gewerkschaften zu veranlassen, eine geheime Abstimmung ihrer Mitglieder vorzunehmen, bevor die Streikaktion autorisiert ist, einen Generalstreik für ungesetzlich zu erklären, und auf verschiedenen anderen Wegen den gesetzlichen Schutz, der den Gewerkschaften im Trade Disputes Act von 1906 zugestanden worden war, teilweise zu entziehen.

Es ist auch vorgeschlagen worden, das Gesetz betreffs der politischen Unterstützung der Gewerkschaften zu ändern. Nach dem gegenwärtig bestehenden Gesetz hat jedes Mitglied einer Gewerkschaft, das sich mit politischen Tätigkeiten beschäftigt, Abgabefreiheit von Zahlungen zu dem politischen Fonds, wenn es es vorzieht, dieses Recht auszuüben. Es wird von konservativer Seite geäußert, daß dieses Gesetz abgeschafft werden muß, um jedes Mitglied, das zugunsten des politischen Beitrages stimmt, zu zwingen persönlich Mittelungen zu machen und diese jedes Jahr schriftlich zu erneuern.

Es ist daher zu erwarten, daß

die Gewerkschaften einen großen Kampf führen müssen,

um ihre gegenwärtige industrielle und politische Macht zu verteidigen. Das ist jedoch kein Grund zur Beunruhigung, und zwar deswegen nicht, weil die vergangenen Erfahrungen gezeigt haben, daß die britische Gewerkschaftsbewegung in Stärke, Wirksamkeit und Festigkeit bei Versuchen, ihre Rechte einzuschränken oder ihre Tätigkeiten einzubämmen, gewonnen hat. Aber die Notwendigkeit, sich gegen diese Angriffe zu verteidigen, wird voraussichtlich für einige Zeit die Aufmerksamkeit von fundamentalen Fragen der Organisation und Politik ablenken. Diese Fragen drängen aber trotzdem danach, behandelt zu werden, und es besteht in den Gewerkschaften ein immer stärker werdender Wunsch, den Fragen der Führerschaft größere Beachtung zu schenken.

In den vergangenen Jahren gab es eine ausgesprochene Tendenz, die Macht und Autorität des Generalkongresses des Gewerkschaftskongresses zu vergrößern. Diese Tendenz, die den Höhepunkt in ihrer Entwicklung, die zum Nationalstreik führte, erreichte, hat bewiesen, daß einerseits Schwierigkeiten und Gefahren in der Konzentration der Autorität liegen, andererseits aber auch hervorragende Vorteile vorhanden sind, die nach einer vollen Diskussion verlangen. Das ist eins der Probleme, denen die Gewerkschaften große Beachtung werden schenken müssen. Andere betreffen den

Gebrauch der Streikwaffe.

und ein drittes Problem ist, ob die bisher angewandten traditionellen Methoden der Gewerkschaften bei der Behandlung von Lohnfragen als die besten angesehen werden können.

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt ist die Entwicklung des internationalen Ausblicks und die Erkenntnis der Tatsache, daß wirtschaftliche Mißstände zum großen Teile mit den Bedingungen, die in anderen Ländern herrschen, verbunden sind, und daß der nötige Ausgleich nur auf internationalen Wegen wirksam vollbracht werden kann. Unsere Erfahrung über die Tätigkeit der internationalen Arbeitsorganisation des Völkerbundes und der, oft durch die Regierungspolitik gehemmte Fortschritt, erweiterte den politischen Horizont des britischen Gewerkschaftlers.

Ich greife diese Fragen heraus, da sie von besonderer Wichtigkeit für die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Politik sind. Meinungen darüber bilden sich unter der Oberfläche in den Köpfen des größten Teiles der britischen Arbeiter, die in letzter Hinsicht für die Politik, die die Gewerkschaften verfolgen sollen, verantwortlich sind. Ich bin überzeugt, daß bei den soliden, klar denkenden und verantwortungsbewussten Mitgliedern der Gewerkschaften die Ansicht im Wachen begriffen ist, daß das Gewerkschaftswesen sich fähig erweisen muß,

konstruktive Mitarbeit

an der Lösung der wirtschaftlichen und industriellen Probleme des Landes zu leisten. Es ist nur zu leicht, die Gewerkschaften als ein zerstörendes Element im wirtschaftlichen Leben des Landes zu be-

trachten und ihnen den Streit und die Unruhe, die heute in der Industrie herrschen, zuzuschreiben. Das ist die Anklage, die die Gegner der Gewerkschaften machen, zur Rechtfertigung ihres Versuches, die Macht der Gewerkschaften einzuschränken. Sie werden beantwortet durch die Versuche der Gewerkschaften, einen neuen Geist und neue Methoden in die Industrie einzuführen und die autokratische Herrschaft abzuschaffen, die ein charakteristisches Merkmal der privaten kapitalistischen Wirtschaft ist.

Unruhe und Haber in der Industrie sind die Folge, wenn die Führung der wirtschaftlichen Unternehmungen in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Beuten bleibt, die ein System verfolgen, das die Ausbeutung der Arbeiter begünstigt und das Geschick einer großen Anzahl von Schaffenden in Händen hat. Die Politik der Gewerkschaften stellt etwas mehr vor, als die Unzufriedenheit mit den materiellen Wirkungen des existierenden Systems. Es ist die bewußte Absicht von Millionen von Arbeitern,

eine wirtschaftliche Demokratie zu verwirklichen,

die parallel zu der politischen Demokratie läuft, und die sich die Ausdehnung der demokratischen Prinzipien und den Geist der Zusammenarbeit in der Industrie sowohl, wie im sozialen Leben zum Ziel gesetzt hat. Die Gewerkschaften werden sich mehr und mehr der Notwendigkeit grundlegender Veränderungen in der Organisation und Kontrolle der Industrie bewußt und sind dabei, sich Methoden und Mittel auszudenken, die die Gewerkschaften annehmen müssen, um die Arbeiter durch ihre Organisationen in engere Verbindung mit wirtschaftlichen Angelegenheiten zu bringen.

Das Gewerkschaftswesen, wie wir es heute grundtätig betrachten, ist nicht ein beunruhigendes Element in dem Wirtschaftsorganismus des Landes, sondern ein feststehender und regulierender Faktor von steigender Bedeutung. Es existiert nicht nur lediglich, um den Lebensstand und die Arbeitsbedingungen dem Arbeiter zu erhalten und zu verbessern, sondern beschäftigt auch, für die Arbeiter einen neuen Status zu gewinnen und ihre industriellen Organisationen zu einem wesentlichen Teil der Maschinerie zu machen, die die

Produktion und Verteilung des Wohlstandes

reguliert. Dieser Einfluß wird in allem gespürt, was mit dem arbeitenden Leben des Landes zusammenhängt. Meiner Meinung nach werden wir in nicht allzu ferner Zeit Zeuge einer bedeutenden Vergrößerung der Verantwortlichkeiten sein, die die Gewerkschaften auf sich nehmen können, als einen Teil ihres organisierten Dienstes gegenüber den Arbeitern und der Gesamtheit im großen.

Diese Entwicklungen des Gewerkschaftswesens werden einige Veränderungen in der Politik der organisierten Arbeiter in ihrem Verhältnis zu den Unternehmern hervorrufen. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Verbände von ihrer traditionellen Politik abweichen werden, diktierte Bedingungen der Unternehmer abzulehnen; sie werden sich die Streikwaffe vorbehalten für den Fall, daß Versuche gemacht werden sollten, irgendeiner Gruppe von Arbeitern Bedingungen aufzuzwingen.

Das Recht zu streiken, bleibt das letzte Argument der Arbeiter im Widerstand gegen die kapitalistische Autokratie. Aber der Streik ist kein Instrument, das wirksam angewandt werden kann zur Förderung konstruktiver Ziele, die die Gewerkschaften zu handhaben beabsichtigen. Industrielle Mißstände der Art, wie wir sie im letzten Jahre erfahren haben, werden sich in der nahen Zukunft nur dann ereignen, wenn die Unternehmer als Gesamtheit oder irgendeine Gruppe von ihnen so verstanden sein sollte und versuchen würde, solche Bedingungen irgendeiner Gruppe der Industrie zu diktiert, daß die ganze Gewerkschaftsbewegung im Widerstand gezwungen sein würde. Soviel sollte die Erfahrung unseres Nationalstreiks vom letzten Mal jedem, den es angeht, gelehrt haben.

Aber ich glaube, daß die Anwendung des Streiks als eine Waffe, um die kapitalistische Gesellschaft zu heftigen und zur Durchführung revolutionärer Ziele der Gewerkschaften, keine Unterstützung bei den britischen arbeitenden Klassen finden wird. Die Idee des Generalkongresses als ein Instrument der Politik ist der britischen Gewerkschaftsbewegung niemals als eine praktische oder wünschenswerte Methode, um zum Ende zu gelangen, erschienen. Es ist ein politisches, mehr als ein industrielles Ziel gewesen, das zu sichern der Generalkongress beabsichtigte, und das britische Gewerkschaftswesen hat es vorgezogen,

für politische Ziele durch die Arbeiterpartei

zu arbeiten, während die Errichtung der Wirtschaftsdemokratie die industrielle Organisation der Arbeiter und die Autorität dieser Organisation im Wirtschaftsleben des Landes zu erkämpfen hat. Ich zögere deshalb nicht, zu sagen, daß weniger über den Generalkongress oder die Methode der Massenaktion durch die Gewerkschaften in Großbritannien gehört werden wird, als es in der unmittelbaren Vergangenheit der Fall war.

Ich hoffe, daß sich die Gewerkschaften einer ruhigen und sorgfältigen Betrachtung der Probleme hingeben werden, die durch die gegenwärtig existierenden Methoden der Produktion und Verteilung entstanden sind, mit der Absicht, ein praktisches, allgemeinverständliches Programm zu ihrer Lösung auszuarbeiten. Ich lege im besonderen der Bewegung viel Bedeutung bei, die ins Leben gerufen wurde, um die Gewerkschaftsmethoden in Lohnfragen zu untersuchen. In meiner Eigenschaft als Präsident des Gewerkschaftskongresses magte ich, auf die Notwendigkeit der Formulierung einer

wissenschaftlichen Lohnpolitik

durch die Gewerkschaften hinzuweisen, die immer dringender wird, je mehr wir uns der Ära der nationalisierten Industrie nähern. Das ist eine Frage, die mir eng verbunden erscheint mit den Problemen der Verantwortlichkeit und Autorität der Gewerkschaften, in Verbindung mit der Leitung und Organisation der Industrie. Wenn die Gewerkschaften imstande sind, eine Methode zu erdenken, mit Hilfe deren Löhne bestimmt werden können, nicht, wie es jetzt geschieht, durch ein Wettrennen der Kräfte zwischen Unternehmern und Arbeitern, sondern durch Anwendung wissenschaftlicher Prinzipien im Verhältnis zur Zahlungsfähigkeit der Industrie, und den Stand der Produktion in Verbindung zu bringen mit ethischen und sozialen Ideen, die das Ziel haben, einen angemessenen Lohn zu sichern, und sie das verwirklichen können, dann werden wir meiner Meinung nach weit in der Entwicklung des Gewerkschaftswesens, als einem wesentlichen Bestandteil industrieller Ordnung, Stabilität und Fortschritt gehen.



Was jagt der Bär?

Die Kunst dem Volke

... und, Das Gute zu billigem Preis! Wir bemühen uns mit steigendem Erfolg diesen Grundsatz zu verwirklichen. Unsere Freunde bestätigen, daß er zur Tatsache wurde, denn wir dürfen sagen:

Joseetti Juno

Berlins meistgerauchte 4.8 Cigarette

Der Proletarier und seine Frau.

Von Lajos Nagy.

(Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Ungarischen von Maurus Mezel, Wien.)

Die Frau sah in der Küche auf einem Schmel. Das Mittagessen war schon zubereitet; die Kartoffelsuppe hat sie von der Deckung des Ofens ein wenig fortgeschoben, und an deren Stelle das Bohngemüse hingegesen, denn es ist gut, wenn dieses je weicher ist; in einer kleinen Pfanne auf der Ofenplatte prasselte das Schweinefleisch in seinem Fett. Es war bereits zwei Uhr vorbei, aber ihr Mann war noch immer nicht da. Drinnen, in dem einzigen Zimmer, war der Tisch gedeckt. Die Frau stand auf — eine mittelgroße starke Frau, mit einem knochigen, aber nicht häßlichen Gesicht —, sie schnitt sich ein Stück Brot ab, setzte sich zurück auf den Schmel und begann in ihrer Bangeweile an dem Stückchen Brot zu knabbern. Die Zeit verging, die runde Wanduhr tickte, sie zeigte Viertel drei, dann Halbdrei. Die Frau nickte ein wenig ein, denn es war erdrückend heiß in der Küche.

Plötzlich kam der Mann. Auf dem Korridor waren seine dröhnenden Tritte zu vernehmen, er schlug mit der Faust auf die Klinke und öffnete mit brutaler Kraft die Tür, er stieß sie gleichsam auf. Einige Augenblicke schaute er sich forschend, witternd um, er blickte auf den Ofen, auf die Frau, dann brummte er etwas, so ähnlich wie „guten Tag“. Er trat geräuschvoll in das Zimmer, warf seine Chauffeurmütze auf das Bett; mit gerunzelter Stirn blickte er um sich, um seinen Mundwinkel zuckte ein bitterzorniger Zug, dann begann er auf und ab zu gehen. Er trug Stiefel, der Bretterboden dröhnte. Die Zimmertür hatte er hinter sich halb offen gelassen, nach einer Minute blieb er in der Tür stehen und rief hinaus:

„Ra, gehen wir, gehen wir! Es ist ohnehin schon spät!“

Die Frau bewegte sich wahrlich langsam. Sie hatte durchaus keine Lust, zu springen, denn schon der Blick, der Gruß ihres Mannes gefielen ihr nicht. Sie nahm einen Suppenschöpfer herover, trug den Topf mit der Suppe hinein und stellte diesen in den Teller des Mannes. Der Mann begann zu essen, er warf aber sofort den Böffel weg und seine Hand ballte sich zur Faust.

„Die Suppe ist schon wieder heiß! Man muß sich ja den Mund verbrennen,“ brüllte er. „Das ist denn doch ein Skandal, wo sie mit dem Mittagessen schon vor einer Stunde hätte fertig sein sollen,“ schrie er, als würde er die Soche irgendeiner anwesenden dritten Person erklären, „und sie bringt sie doch kochend herein. Natürlich, sie läßt sie dort auf dem Feuer, sie kann es nicht auf die Seite rücken!“

Dann blickte er der Frau verdächtig in die Augen.

„Du hast nicht soviel Verstand, wie eine Henne!“

Die Frau unterdrückte ihre Gereiztheit, aber sie sprach doch mit dumpfer, unruhiger Stimme:

„Sie war zur Seite gerückt!“

„Natürlich, zur Seite! Deshalb ist sie ja so heiß, wie Feuer. Man müßte dich einmal in eine Wanne mit solch „zur Seite gerückter“ Suppe setzen! ... Und dann, weiß Gott, wie lange das schon auf dem Feuer brodeln! Sie ist wie ein Pflaumenmus. Das soll eine Suppe sein? ... Schau, doch du damit hinauskommen, trag sie zum Teufel, sonst schütte ich sie dir auf den Kopf.“

Die Frau war schon bleich. Sie wollte weinen, aber sie unterdrückte auch das. Sie sagte bloß kurz, heiser:

„Sie ist schon über eine Stunde fertig. So spät pflegst du nie zu kommen.“

Mit der Suppe war es also nicht in Ordnung. Auch gegen das Fleisch, gegen das Bohngemüse machte der Mann verschiedene Einwendungen. Er zischte, fluchte, warf der wankenden Frau wahre Schlangengebilde zu. Das Fleisch war viel zu mager, obwohl er schon hundertmal gefagt hat und die Frau es auch sehr gut weiß, daß er halbfettes Fleisch liebt. Und wozu dieses viele Fett, in dem es schwimmt? Die Bohnen sind wie Kleister! Und wozu einen eigenartigen Geschmack sie haben, vielleicht ist es wirklich ein Kleister! Warum hat sie nicht ein bißchen Essig hineingeschüttet, damit es wenigstens davon einen Geschmack bekommt. Die Frau sprach kein Wort. Aber wegen des Essigs machte sie doch die Bemerkung:

„Du hast doch ohnedies oft Sodbrennen.“

Der Mann brauste auf:

„Kümmere dich nicht um meinen Magen! Es ist denn doch eine niederträchtige Gemeinheit, daß, was immer ich auch sage, als würde ich zur Mauer reden, und nicht um die Welt würdest du etwas so machen, wie ich es will.“

Der Mann wurde ganz rot, seine Halsadern schwellen an, er fand auf, brüllte und fuchtelte mit den Händen. Er war ein großer, harter Mann, seine Stimme dröhnte, aber manchmal ersticke sie in einem heiseren Röcheln. Seine Augen sprühten Funken und das Zucken des Gesichtes und des Mundes zeigten seine sinnlose Wut so schrecklich, daß es einem Beobachter scheinen mußte, als würde sein Mund gleich zu schäumen beginnen und als wollten seine Augen blutunterlaufen heraustreten.

Die Frau zitterte, sie fürchtete sich, aber in ihrer Verzweiflung begann sie den Mann jetzt schon mit entschlossener Bösartigkeit wild zu machen, indem sie sich gegen das Fenster wendete und mit flüsterndem Drohen sagte:

„Die Nachbarn hören jedes Wort! Sie werden sich von dir sehr schönes denken!“

Der Mann begann fast zu toben. Was kümmern ihn die Nachbarn, diese Bagage, wie wagt es die Frau, ihm mit den Nachbarn zu kommen, wenn sie noch einmal solchen Unsinn redet, steht er für sich nicht gut, er weiß nicht, was er tun wird, aber etwas wird geschehen! Und sie soll den Mund halten, wenn er spricht und nicht froch sein!

Er ging müde auf und ab, der Frau hin und wieder ein Schimpfwort zuwerfend. Die Frau ließ nur hie und da ein Wort fallen: sie geht auf und davon und kommt nie mehr zurück, dann ging sie hinaus in die Küche und wollte die Tür hinter sich schließen. Der Mann sprang ihr nach und riß die Tür auf.

„Vertreibe dich nicht, wenn ich dir deinen elenden Kopf walche, daß der Teufel ...“

Die Frau sagte nach einer Weile:

„Was fehlt denn eigentlich dem Essen?“

Damit wurde das Glas voll. Der Mann stürzte zum Tisch, warf das Gemüse zur Erde, der Teller zerbrach in Stücke. Dann packte er seine Mütze und stief davon, die Tür hinter sich zuschlagend, daß ein Stück Mauer herunterfiel. Die Frau stand wortlos, sie härrte eine Weile auf die Tür, hinter welcher der schreckliche Mensch

Graef.



„Jetzt können wir uns fünf Minuten länger über Wasser halten!“

verschwunden war. Dann setzte sie sich auf den kleinen Schmel und meinte leise vor sich hin:

Der Mann aber rannte die Treppe hinunter und stürmte hinaus auf die Straße. Dort verlangsamte er ein wenig seine Schritte, aber er eilte noch immer leuchtend, fast rennend dahin. Als er bei der Ecke in eine andere Gasse einbog, stieß er mit einem vornehmen Herrn zusammen, er stammelte vorlegen:

„Bardo-on!“

Und schon nicht mehr in so raschem Tempo eilte er weiter. Er ging in die Garage. Es war das eine staatliche Garage, der Mann war Chauffeur, ein staatlicher Angestellter, einem höheren Beamten zugeteilt. Sein Herr hatte ihn für 4 Uhr vor seine Wohnung bestellt. Er schaute auf seine Uhr und begann das Auto zu putzen. In diesem Augenblick trat der Garagenmeister ein:

„Die anderen putzen die Autos immer dann, wenn sie dieselben einstellen! Dann gehen sie zum Mittagessen.“

Das ist wahr. Er wußte darauf auch nichts zu antworten. Aber dann fiel ihm sogleich ein, daß die anderen schon längst eingestell hatten und auch schon nach Hause gegangen waren, als er ankam.

Er legt sich ins Auto, fährt aus der Garage, hinaus auf die Straße. In drei Minuten ist er vor dem Hause seines Herren. Raum bleibt er stehen, kommt dieser auch schon zum Tor hinaus. Er springt ab und grüßt:

„Ergebenster Diener, gnädiger Herr.“

Er öffnet den Schlag des Autos, verneigt sich ein wenig. Der Herr aber bleibt, bevor er einsteigt, einen Augenblick stehen.

„Wo zum Teufel haben Sie heute früh solange gesteckt?“

Der Chauffeur wird verlegen. Der Chauffeur kann nicht antworten. Auf das läßt sich auch nicht antworten. Er kann nicht antworten, weil er sich nicht getraut zu antworten. Und er müßte doch wie folgt sprechen:

„Aber gnädiger Herr! Haben Sie sich denn nicht beim Bankdirektor bis sieben Uhr früh unterhalten? Zuerst ein glänzendes Nachtmahl, mit Fisch, Braten und Cremedessert, dann Tanz mit den parfümierten Damen, und später — wie die Dienerschaft erzählte — Bakarat bis in die Früh, oder wie es in der Kartensprache heißt: bis Bromoboll! Ich aber habe unten von acht Uhr abends bis sieben Uhr früh gewartet. Wir, Chauffeurs — denn es waren mehrere Gasse mit Autos — standen auf der Straße herum, für uns war in der Wohnung kein Platz. Ins Auto konnte ich mich nicht hineinsetzen, um ein bißchen zu schlummern, denn das haben gnädiger Herr strengstens verboten. Rich froh, da ein kalter Wind blies, auf dem vorderen, offenen Sitz ließ ich mich nicht schlafen und das ist auch kein Schlafen, und das geht schon so die vierte Nacht. Und dann ist es auch nicht ganz in Ordnung, denn der gnädige Herr dürfte das Auto nur für amtliche Wege in Anspruch nehmen. Der gnädige Herr fährt mich so an? Es scheint, der gnädige Herr ist antweder sehr dumm oder ein Schurke!“

Ran aber, der gnädige Herr stellte den Chauffeur mit einem Wort zur Rede, weil er sich in der Früh verspätet hat. Dann fügte er noch hinzu:

„Wenn das noch einmal vorkommt, lasse ich Sie ablösen.“

Das „Ablösen“ ist aber eine schwere, sehr schwere Drohung, sie bedeutet ungefähr soviel, wie „strafweise“ Verletzung. Der Chauffeur schwieg also wie ein Hecht. Er preßte den Mund zusammen, schwieg und war untertänig. Dieser große, starke Mann vor einer kleinen, bleichen, tahtöpfigen Katze.

Jawohl, er war untertänig und er fürchtete sich. Der Proletarier muß sich um sein Brot fürchten. Wir alle fürchten uns! Früher hat man den Sklaven bei Nacht in Fesseln gefesselt. Seither ist man darauf gekommen, daß körperliche Fesseln überflüssig sind. Eine Fessel ist die Angst — und der Sklave fürchtet, sein Brot zu verlieren.

Aber, wenn du dich schon fürchtest, elender Proletarier, wenn du hunderte Erniedrigungen am Tage erdulden mußt, wenn du nicht dreinschlagen kannst, kein zielbewusstes Wort sprechen kannst, und du täglich von Kopf bis Fuß mit unterdrücktem Zorn erfüllt bist — deshalb tränke nicht deine Frau und tränke nicht deine Kinder! Wenn die Suppe auch zufällig ein wenig heiß ist, wisse, daß die Ursache deiner rasenden Aufregung nicht die Frau ist. Wisse, daß der gnädige Herr, wenn die Suppe heiß ist, nur den Kellner im Restaurant anbrüllt — aber daheim lächelt er und erzählt seiner Frau mit schmeichler Unterwürigkeit irgendeinen Bij. Was du mit der Bitterkeit machen sollst, die dir fast den Schädel bersten macht? Das weiß ich nicht. Oder ich will es nicht wissen, oder ich weiß es und will es nicht sagen. Setz soge ich dir nur soviel, die Frau lasse in Ruhe!

Namenlos.

Anekdoten von Alfred Heia.

Die Schneefode.

Mein Freund Namenlos bekam eine Schneefode auf seine Hand. Sie zerging von seiner Wärme. „Wasser“, sagte er. „Ein Stern ward Wasser, wir werden zu Staub, nichts bleibt als diese ewige Wanderung vom Nichts ins Etwas und wieder in Nichts. Nur daß ich dies denke, das hängt ewig in der Luft. Wenn ich sage: Liebe Schneefode! oder liebe Frau! es ist immer dasselbe Leuchtende aus dem Jenseits in dem Wort. Liebe, das ist — der sinnende, der träumende, der sprechende Tod ... Denn reiflos Bergehen ist Tod, ist Liebe. Aber da ich es sage und fühle, erlaube ich es noch. Liebe ist erlebter Tod. Das Ich geht in ein anderes Ich, mein schmecht dazwischen als Ich = Du, anstatt ins Ewige, das ist der einzige Unterschied.“

Gang durch die Ställe.

Namenlos ging mit einem Gutsbesitzer durch dessen Ställe. Bei den Schweinen blieb er besonders lange. „Das sind nun die Tiere aus Markt, Koteletts und Saiten. In mein Fleisch geht ihr Fleisch ein, ist das nicht ein grausiger Gedanke? Werden wir nicht davon auch langsam saut und fett?“ Der Gutsbesitzer lachte ihn als verrückt aus. „Welch wunderbare junge Mädchen hätten wir vielleicht, wenn sie sich von Rosen und Schmetterlingen nährten!“ träumte Namenlos weiter. Dann wandte er sich mit Schauern von den Tieren, die ihm das Leben erhielten, ab. Bei den Rälbern traf er auf eines, das schlief. „Hat die Mutter auch geschickt?“ Der Gutsbesitzer sagte, da hätte er viel zu tun, sich darum zu kümmern. Hauptsache: Milch und Fleisch. „Sehen Sie“, sagte Namenlos, „wir herrschen über die Tiere und nehmen von ihnen nur, was wir brauchen. Das große ferne Urwesen da im All, das man Gott nennt, nimmt auch von uns nur das, was es brauchen kann: Die Liebe. Vielleicht ist sie ihm so notwendig als Lebensnahrung, wie Ihnen Milch und Fleisch. Jedes höhere Wesen will vom andern das, worauf das niedere gewöhnlich wenig Wert legt. Die Rälber sterben an unserer Verfressenheit, wir sterben an der Liebe des großen Unbekannten. Nicht wir streben zur Vollkommenheit, sondern das Leben steigt ins All hinaus aus den niederen Sphären der Tiere und Menschen in die höheren. Wir sind nur Stufen. Gott aber wandelt.“ Und Namenlos hielt seine Hände hin, als wenn einer darüber schreiben sollte.

Die Häßliche.

Namenlos sagte: „Ich habe heute ein häßliches Mädchen geküßt. Es hat noch nie einen Kuß auf seinen zu großen Mund bekommen. Es war ganz erschrocken.“ „Liebst du mich?“ fragte es. „Ja, ich liebe deine Liebe,“ sagte Namenlos. „Was heißt das?“ fragte die Häßliche. „Ich weiß, daß du einmal einen schönen jungen Menschen geküßt hast und wünschtest, so schön zu sein, daß er dich begehrt.“ Sie errödete. „Ich sah, daß ich das Wahre erraten hatte. Der bin ich leider nicht. Aber schließe die Augen, Mädchen, und denke, er kommt zu dir.“ Das Mädchen schloß die Augen. Sein häßliches Gesicht verklärte sich zu vollkommener Schönheit. Sie sah den Liebsten der Jugend nahen, der sie verachtet hatte und mit einem hübschen Lächeln längst unglücklich ist. Welch Glück wäre die Verzauberung der Häßlichen für ihn, die ich nun voll Andacht küßte. Es wäre meine schönste Liebe. Wie wenig die Menschen von der Liebe verstehen!“

Namenlos ist krank.

Namenlos war krank. Er lächelte. „Du hast doch Schmerzen?“ „Ja,“ und er lächelte wieder. „Weißt du, wenn man krank ist, dann ist das Leben wie ein herbstdünn goldleuchtendes Blatt. Jeden Augenblick kann es niederfallen, und alles ist aus. Aber vorher rings die kleine stille Erdenwelt spüren, wie sie durch den großen Raum ewiger Zeiten weht, ein Blatt im Winde des Himmels — das läßt aus tiefster Seele lächeln. Wenn es grünt, dann ist es so fest und hart, daß es sich selbst mit dem hoffärtigen Ich die Welt verleiht. Aber wenn es durchsichtig wird, dann wehen die großen Dinge hindurch. Dann ist nicht mehr das Ich ein Ich, nur noch ein Sein im All. Ein Sein im All. Ein Sein im All. Wie du willst. Ich bin betäubt vor Lebensfreude. Der Tod ist vielleicht der Abfall des Irrtums Ich von der Wahrheit des Ewigen. Es geht bestimmt aufwärts, wenn man stirbt.“

Der Festzug der 84 Elefanten. Der neue König von Siam hat mit seiner Gemahlin jetzt seinen feierlichen Einzug in die Hauptstadt Chiang-Mai gehalten. Dieser Zug war eine großartige Entfaltung orientalischer Pracht und märchenhaften Glanzes. 84 Elefanten nahmen an dem Zug teil. Diese mächtigen Tiere waren auf das sorgfältigste geschmückt und über und über mit Juwelen besät. Bei seinem Einzug erhielt der König von der Bornes-Gesellschaft einen weißen Elefanten zum Geschenk, der ein besonderes Zeichen des Glücks im siamesischen Glauben darstellt.

Reichs-Kredit-Gesellschaft

AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN

Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1926.

Im abgelaufenen Geschäftsjahre hat sich Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft gebessert. Die schwere Arbeit der vorangegangenen Jahre beginnt allmählich Früchte zu tragen. Zu Anfang des Jahres ist die Kölner Betatzungszone geräumt worden. Im Herbst ist Deutschland in den Völkerbund eingetreten und zum ständigen Mitglied des Völkerbundes gewählt worden. Mit einer Reihe von Ländern wurden Schiedsgerichtsverträge und Handelsverträge abgeschlossen. Die Tatsache allerdings, daß das ganze obere und mittlere Rheingebiet nach wie vor von fremden Truppen besetzt ist, zeigt, wieviel noch zur Herbeiführung normaler politischer Beziehungen zu tun bleibt. Die Reparationsforderungen sind bisher von Deutschland pünktlich erfüllt worden; wie aber im Inlande und auch im Auslande von sachverständiger Seite oft dargelegt worden ist, hat fremdes Kapital in großem Umfange die aus diesen Lasten sich ergebenden Schwierigkeiten bisher erleichtert. Bekannte Wirtschaftsführer in den Empfängerländern weisen heute darauf hin, daß eine Fortführung dieser Zahlungen in der bisher vorgesehenen Höhe eine solche Ausdehnung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Exportes voraussetzt, daß Wirtschaft und Export ihrer eigenen Länder darunter leiden müßte.

Das deutsche Wirtschaftleben blieb von bedeutenderen Streiks oder Aussparungen verschont. Im abgelaufenen Geschäftsjahre gingen durch Arbeitskämpfe etwa 1 1/2 Millionen Arbeitstage verloren gegenüber mehr als 17 Millionen im Jahre 1925, mehr als 36 Millionen im Jahre 1924 und etwa 5 1/2 Millionen im Jahresdurchschnitt der Vorkriegszeit.

Die ganze deutsche Wirtschaft hat im verflochtenen Jahre mit Anstrengung daran gearbeitet, die Betriebe für den harten Kampf um den Absatz im Inlande und Auslande konkurrenzfähig zu machen. Es galt insbesondere, die Liquidität zu erhöhen und zugleich die Kosten zu vermindern. Eine große Anzahl Unternehmungen unternahm sich dieser Aufgabe durch energische Reorganisation der Betriebe und neue Gruppenbildung. Eine Reihe von internationalen Vereinbarungen wurde geschlossen, um den Wettbewerb mit dem Auslande in ruhigeren Bahnen zu lenken. Andererseits wurden zahlreiche Betriebsstätten stillgelegt, viele Gesellschaften, die den Konkurrenzkampf nicht bestehen konnten, mußten liquidieren. Aber bald ergab sich, daß sich die Mehrzahl der Unternehmungen den Wettbewerbsbedingungen der Gegenwart anpassen vermochte. Einen Überblick über die Dividendenpolitik des abgelaufenen Jahres gewährt die folgende Zusammenstellung:

Dividendenerklärungen im Jahre 1926 bei Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden.

Wirtschaftszweige	0%						1-5%		über 5-7%		über 7-10%		über 10-12%		über 12%		Insgesamt	
	Anzahl	A. K. in Mill. RM	Anzahl	A. K. in Mill. RM	Anzahl	A. K. in Mill. RM	Anzahl	A. K. in Mill. RM										
Der erfaßten Gesellschaften																		
1926																		
Banken	—	—	4	15,4	1	67,6	44	903,5	2	8,0	—	—	—	65	997,5			
Versicherungsgesellschaften	9	15,7	—	—	1	1,0	19	46,6	—	—	—	—	—	6,6	69,1			
Schiffahrtsgesellschaften	9	165,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	196,7		
Kraftversorgungsgesellschaften	—	—	2	6,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	452,9		
Bahnen (Klein- u. Straßen-)	4	12,3	18	204,6	7	95,5	13	345,9	—	—	—	—	—	—	45	501,8		
Industriegesellschaften	334	2839,6	76	791,3	92	1033,5	142	1899,4	34	191,3	23	140,6	701	6835,5				
1926 insgesamt	356	3033,3	101	1031,3	125	1390,6	230	3206,9	43	231,1	26	159,6	801	9052,6				
1926 Anteil der Gruppen in %	46,4	33,5	11,5	11,4	14,2	15,4	26,1	35,4	4,0	2,5	2,9	1,8	100	100				
1925 Anteil der Gruppen in %	45,4	—	13,2	—	13,7	—	21,9	—	—	—	—	—	100	—				

Auch die Lage auf dem Kapitalmarkt hat sich im Jahre 1926 erheblich gebessert. Zum erstenmal seit der Stabilisierung der Währung konnte wieder ein Ausgleich zwischen Kapitalnachfrage und Kapitalangebot hergestellt werden, während in den beiden vorangegangenen Jahren im wesentlichen nur kurzfristige Kredite zur Verfügung standen. Die Konsolidierung der schwelenden Schulden wurde infolgedessen erleichtert und damit die Wiedergewinnung der finanziellen Unabhängigkeit der Unternehmungen schneller gefördert, als zu Beginn des Jahres erhofft werden konnte. Die Erkenntnis, daß der Aufbau der großen Mehrheit der industriellen Unternehmungen im Grunde gesund ist, die Verminderung der Kapitalnachfrage, die sich als Folge der Betriebsverbesserungen ergab, die größere Zuversicht, die aus der Dividendenpolitik sprach, im späteren Verlauf des Jahres auch die Verbesserung der Absatzlage der deutschen Industrie haben dazu beigetragen, die Scheu vor einer Vermögensanlage in deutschen Effekten zu beseitigen. Das kapitalkräftige Ausland hat — angeregt zugleich durch die Höhe des in Deutschland zu Jahresanfang herrschenden Zinsniveaus — diese Scheu am ersten überwunden und Vermögensanlage in deutschen Werten gesucht. Im Verlaufe dieser Entwicklung sind die Zinsansprüche, die die inländischen und ausländischen Kapitalgeber für die Herabgabe ihrer Gelder auf lange Frist glaubten stellen zu müssen, dauernd gesunken, und zwar ebenso stark, ja stärker als diejenigen für kurzfristige Anlagen. Der Satz für tägliches Geld stand — monatsdurchschnittlich gerechnet — im Dezember um 11% unter dem Satz vom Januar und ist in keinem Monat im mehr als 27,3% unter den Januarsatz gesunken, die Zinsansprüche für Kapitalanlagen dagegen sind im letzten Monat des Jahres ca. 30% niedriger als der Januarsdurchschnitt. Der Reichsbankdiskont stand im Dezember 3 1/2% unter dem Satz von Anfang Januar. Die nachstehende Aufstellung gibt eine Uebersicht über die Verminderung des Zinsanspruches für die wichtigsten Formen festverzinslicher Effekten. Sie versucht zu zeigen, zu welchen effektiven Zinssätzen in den einzelnen Monaten des Jahres Anleihen aufgelegt wurden. Bei Pfandbriefen und Kommunalobligationen wurde der Zinsanspruch auf Grund der Kurse bereits notierter Serien ermittelt. Um einen Vergleich zu ermöglichen, ist hierbei das jeweilige Disagio oder Agio auf den Jahreszins umgerechnet worden, wobei die Annahme einer Konvertierung zu dem frühesten Konvertierungstermin, der zumeist in die Jahre 1930/31 fällt, zugrunde gelegt wurde.

Vergleichende Uebersicht über den Zinsanspruch bei festverzinslichen Werten im Jahre 1926.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
in %												
Öffentliche Anleihen	11,3	10,6	9,3	9,1	9,0	9,0	8,9	8,9	8,6	8,6	8,6	8,2
Schatzanweisungen	—	7,6	7,7	7,2	—	—	—	—	—	—	—	—
Pfandbriefe und Kommunalobligationen	11,4	10,2	9,5	8,6	8,5	8,5	8,3	8,3	8,2	8,2	8,1	7,7
Private Anleihen	—	—	10,8	9,5	9,7	—	—	—	—	—	—	—

Die ununterbrochene Verminderung des Zinsanspruches für langfristige Anlagen, die in dieser Aufstellung hervortritt, gehört zu den bemerkenswertesten Ergebnissen des abgelaufenen Jahres. Sie hat erheblich dazu beigetragen, die Wirtschaftlichkeit einer Reihe technischer Neuerungen zu erhöhen und ihre Ausföhrung zu erleichtern, ja oft erst zu ermöglichen.

Die Erleichterung der Kapitalbeschaffung mittels Aktionsausgabe läßt sich aus der Entwicklung der Kurse ablesen. Die Nachfrage nach deutschen Aktien war das ganze Jahr reger. Der Aktienindex der Reichs-Kredit-Gesellschaft (Q. 1. 1925 = 100) verzeichnete am 2. 1. 1926 einen Stand von 60,5% und am 31. 12. 1926 einen Stand von 144,0%. Das Vertrauen auf die Sicherheit und

Rentabilität der Vermögensanlage in deutschen Werten hat sich verstärkt und die Neigung zu kapitalmäßiger Beteiligung an der deutschen Wirtschaft im Inlande und Auslande erhöht.

Die Geschäftstätigkeit unseres Instituts hat in der Berichtzeit in allen Zweigen des Bankgeschäftes einen weiteren Aufschwung erfahren. Der Umsatz auf einer Seite des Hauptbuches betrug 45,2 Milliarden RM. gegenüber 38,6 Milliarden RM. im Vorjahre. Insbesondere hat sich die Inanspruchnahme unserer Gesellschaft durch die private Wirtschaft stark erhöht. Auch bei der Durchführung finanzieller Maßnahmen der Reichsregierung haben wir wiederholt unsere Dienste zur Verfügung stellen können. Der Verkehr mit dem Auslande ist im Zusammenhange mit der Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft weiter angestiegen worden.

Das Diskontgeschäft war während des ganzen Jahres lebhaft. Um unserer Kundschaft den Trassierungskredit zugänglich zu machen, haben wir uns entschlossen, eigene Akzente zu geben. Die im vorigen Geschäftsbericht erwähnte Finanzierung von Stickstoffverkäufen an die Landwirtschaft für das Düngejahr 1925/26 kam im Berichtsjahre zur Durchführung. Die rechtzeitige Bereitstellung dieses Kredites hat sich als wertvoll erwiesen.

Das Effektenkommissionärgeschäft war sowohl in Anleihen wie in Aktien sehr reger, so daß sich die Effektuumsätze erheblich steigerten.

Die Devisenabteilung vermochte ihre Verbindungen weiter auszubauen. Die Grundlage für die Ausdehnung bot das Wachsen des Zins- und Arbitrage-Geschäftes sowie die Zunahme der Umsätze in Reichsmark an fremden Plätzen.

Von Konsortialgeschäften, bei denen wir als Hauptbeteiligte, in mehreren Fällen an führender Stelle, mitwirkten, erwähnen wir die folgenden:

- Uebernahme und Börseneinföhrung von Anleihen**
- 6 1/2% Schatzanweisungen des Freistaates Preußen (in 3 Tranchen).
 - 6 1/2% Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost (in 2 Tranchen).
 - 7% Schatzanweisungen des Freistaates Bayern.
 - 6 1/2% Schatzanweisungen des Freistaates Württemberg.
 - 7% Schatzanweisungen des Freistaates Sachsen.
 - 6 1/2% Schatzanweisungen des Freistaates Mecklenburg-Schwerin.
 - 7% Anleihe des Freistaates Thüringen von 1926.
 - 7% Anleihe des Freistaates Mecklenburg-Schwerin.
 - 7% Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn.
 - 8% Anleihe des Provinzialverbandes Sachsen.
 - 8% Anleihe der Provinz Hannover (in 2 Tranchen).
 - 7% Anleihe der Provinz Hannover (in 2 Tranchen).
 - 6% Schatzanweisungen der Stadt Köln von 1926.

- 7% Anleihe der Stadt Berlin von 1926 (in 2 Tranchen).
- 8% Anleihe der Stadt Nürnberg.
- 8% Anleihe der Stadt Braunschweig.
- 7% Anleihe der Stadt Frankfurt a. M.
- 8% Anleihe der Stadt Zwickau.
- 8% Deutsche Kommunal-Ooldanleihe (in 2 Tranchen).
- 7% Anleihe des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes.
- 7% Anleihe der Württembergischen Wohnungs-Kredit-Anstalt zu Stuttgart.
- 10% Anleihe des Kommunalen Elektrizitätswerkes Mark A.-G., Hagen.
- 7% Anleihe der Vereinigten Industrie-Unternehmungen A.-G., Berlin.
- 8% Anleihe der Klockner-Werke A.-G., Berlin-Rauxel.
- 7% Anleihe der Concordia-Bergbau-A.-G., Oberhausen/Rhld.

Kapitalerhöhung
der Elektrizitätswerke Liegnitz A.-G., Liegnitz, der Norddeutschen Grund-Credit-Bank, Weimar.

Aktiva	RM	RM
Kasse, Sorten und Kupons		2 854 931,60
Guthaben bei Reichsbank, Postscheckamt und Kassenvereinen		21 280 726,07
Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		127 697 926,26
Guthaben bei Banken und Bankiers		94 876 019,83
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		61 913 873,69
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		13 107 231,96
Sonstige Schuldner		181 360 223,41
davon gedeckt	159 819 663,87	
Eigene Wertpapiere		5 000 000,—
Konsortialbeteiligungen		2 800 000,—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		1 000 000,—
Bankgebäude		5 000 000,—
Sonstige Immobilien		1,—
Mobilien		1,—
Transitorische Posten		411 851,87
Avale und Bürgschaftschuldner		2 087 211,85
		816 392 786,69

Aufwand	RM	RM
Handlungskosten und Steuern		7 899 650,72
Gewinn		6 257 295,62
		14 156 946,34

Vorstandende Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geföhrten Büchern in Uebereinstimmung gefunden.
Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft
Dr. Adler Otto Meyer

der Deutsche Orientbank A.-G., Berlin, der Brown, Boveri & Cie. A.-G., Mannheim, der Deutschen Bau- und Boden-Bank A.-G., Berlin.

Gründung
des British and German Trust Ltd., London, der Finanzierungs-Gesellschaft für Landkraftmaschinen A.-G., Berlin, der Deutschen Zündholz-Verkaufs-Aktiengesellschaft, Berlin.

Börseneinföhrung
der Aktien der Kältrant A.-G., Leipzig, der Vorzugsaktien der Rhein-Main-Donau A.-G., München, der 8%igen Teilschuldverschreibungen der Leipziger Messe- und Ausstellungs-A.-G., Leipzig, der 8%igen Goldhypotheken-Pfandbriefe Serie III der Thüringischen Landes-Hypothekenbank A.-G., Weimar, der 8%igen Goldhypotheken-Pfandbriefe Serie IV der Thüringischen Landes-Hypothekenbank A.-G., Weimar.

Treuhanderschaft
für die 7%ige Auslandsanleihe der Deutschen Girozentrale (in 2 Tranchen), für die 6 1/2%ige Auslandsanleihe der Berliner Elektrizitätswerke A.-G. Der Bestand an Schecks, Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen zeigt in der vorliegenden Bilanz gegenüber dem Vorjahre eine nennenswerte Abnahme, die darauf zurückzuführen ist, daß der Rest der von uns in den vorangegangenen Jahren diskontierten E-Schatzanweisungen des Deutschen Reiches im Berichtsjahre fällig wurde.

Unter Guthaben bei Banken und Bankiers sind wieder nur die Nostro-guthaben und an erste Banken bezogene Gelder aufgeföhrt.

Die Steigerung der Reports und Lombards erklärt sich aus der Entwicklung des Effektageschäftes.

Unter eigenen Wertpapieren befinden sich überwiegend Anleihen öffentlicher Körperschaften und Pfandbriefe.

Die Zunahme des Konsortialkontos entspricht dem Anwachsen des Geschäftes auf diesem Gebiete.

Von den unter dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen gehaltenen Werten brachte die Deutsche Verkehrsbank A.-G. eine Dividende von 12%, die Deutsche Orientbank A.-G. eine Dividende von 8%. Die Deutsche Versicherungsbank A.-G. hat für das Jahr 1925 eine Dividende nicht ausgeschüttet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Ueberschuß von RM. 6 257 295,62
Wir schlagen vor, davon zu verwenden:
für den gesetzlichen Reservefonds 2 000 000,—
für Abschreibung auf das Bankgebäude 1 000 000,—
für den Angestelltenunterstützungsfonds 250 000,—
für 8% Dividende auf unser Aktienkapital 2 490 000,—
zusammen RM. 5 650 000,—

Der nach Zahlung des satzungsmäßigen Gewinnanteiles des Aufsichtsrates verbleibende Restbetrag von RM. 507 295,62 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Berlin, den 29. Januar 1927.

Der Vorstand
Fischer Helmann Landauer Lemmann Ritscher Schöbber Siemens stellvertretend: Katschenreiter Post Seegall

Bericht des Aufsichtsrates.

Dem vorstehenden Bericht des Vorstandes schließen wir uns an. Die Bilanz ist in unserem Auftrage wiederum durch die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Berlin, geprüft worden.

Im Laufe des Geschäftsjahres schied Herr Ministerialrat Dr. Hans Schippert nach Uebernahme der Leitung der Reichsbankstelle in Lübeck aus unserem Aufsichtsrate aus. Wir sagen Herrn Dr. Schippert auch an dieser Stelle für seine rege Mitarbeit in unserem Kreise aufrichtigst Dank. An seiner Stelle wurde Herr Ministerialdirektor Dr. von Brandt zum Mitglied des Aufsichtsrates gewählt.

Zu Beginn des Jahres trat Herr Dr. Otto Fischer in den Vorstand unserer Gesellschaft ein.

Berlin, den 29. Januar 1927.

Der Aufsichtsrat.
Fischer.

Passiva	RM	RM
Aktienkapital		30 000 000,—
Reservefonds		10 000 000,—
Gilübiger		457 927 552,63
davon fällig bis zu 7 Tagen	105 037 240,25	
" " 4 Wochen	71 162 307,96	
" " darüber hinaus	191 728 004,42	
Akzente		10 964 389,24
Angestellten-Unterstützungsfonds		400 000,—
Transitorische Posten		843 549,29
Avale und Bürgschaftverpflichtungen		2 987 211,85
Gewinn		6 257 295,62
Vortrag aus 1925		377 024,55
Reingewinn		5 880 271,07
		816 392 786,69

Ertrag	RM	RM
Vortrag aus 1925		377 024,55
Zinsen, Divisen und Sorten		8 255 190,99
Provisionen		4 757 909,26
Einnahmen aus Gemeinschaftsgeschäften		786 522,44
		14 156 946,34

Berlin, den 29. Januar 1927.
Reichs-Kredit-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Fischer Helmann Landauer Lemmann Ritscher Schöbber Siemens stellvertretend: Katschenreiter Post Seegall